

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Vollabonnements 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. („Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei)). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 22. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Der Tag der Abstimmungen.

Am fünften Tage ist es dem Reichstag gelungen, die Debatte über den Weizen- und Roggenzoll abzuschließen und in drei Fällungen festzustellen, wieviel unbedingte Bündler und wieviel Anhänger der Kommissionsbeschlüsse im Hause vorhanden sind. Zur Ermittlung dieser vorläufigen Zahlenangaben hatte sich ein Aufgebot von fast 350 Abgeordneten eingestellt. Mit ziemlicher Ungeduld wartete diese winnende Masse, von der nicht wenige den Reichstag während der bisherigen vier Jahre ihres ruhmreichen parlamentarischen Wirkens nur vom Hörensagen kennen gelernt haben, auf den Augenblick, wo sie in Aktion treten sollten. Aber die Vorstellung aus dem Erlus Busch, die den ersten Teil des Tages einnahm, nahm noch geraume Zeit in Anspruch. Hätten die Socialdemokraten noch so zahlreiche Redner entsandt, so hätte man unfehlbar wieder über „Obstruktion“ geklagt. Die Herren Dr. Köpcke, Dr. Hahn, Richter, Windewald, Graf Scherwin-Schönlank und Herold hatten sich so außerordentlich viel zu sagen und die Linke mußte den Herren Agrariern der verschiedenen Schattierungen die weitere gründliche Prüfung der Vorlage allein überlassen. Die Pausen zwischen dem Aufstehen der erstenen Redner wurden durch die Herren Windewald und Richter angefüllt. Herr Windewald, dem sein Fraktionsgenosse Liebermann von Sonnenberg in lebenswärtiger Kollegialität Hans Wiesel gekauft hat, erklärte sich bereit, aus Patriotismus die Verteuerung des Brotes zu tragen, und schloß mit der Versicherung, daß auch ein Maler ein Künstler sei. Herr Richter wieder teilte dem Hause die Reue mit, daß es sich um die Entscheidung um schwerwiegende Fragen handle. Aus der Unterhaltung der anderen Herren ging hervor, daß der Konkurrenzneid über die Bauernstimmen zwischen Bündlern, Regierungskonservativen und Ultramontanen aufs höchste gestiegen ist.

Nach diesem Gejahl und vor den Abstimmungen erlebte das Haus ein nochmaliges Auftreten des Reichszanzlers. Schon lange vorher hatte sich die Kamme vorbereitet, daß Graf Bälou nochmals das Wort nehmen würde, um einige Angriffe der agrarischen Redner der letzten Tage abzuwehren. Insbesondere scheint ihm bemerkbar gemacht zu sein, daß er bisher die Pflicht verabsäumt habe, den Monarchen gegen den Vorwurf zu schützen, als ob er die Abkehr von der äußersten Ueberzöulerei befohlen habe.

Graf Bälou fühlte das Bedürfnis, nochmals nachzuweisen, wie agrarisch er sei. Er leitete seine Rede mit dem Nachweis ein, daß die Industrie von dem neuen Tarif bei weitem nicht so begünstigt würde wie die Landwirtschaft, und er versicherte, daß keine höhere Wälfür von oben herab den Agrariern irgendwelche Vergünstigungen vorenthalte, die mit dem Abschluß von Handelsverträgen noch verträglich seien. Er habe das Seine für die Landwirtschaft vollaus getan. Einen agrarischen gesinnungen Reichszanzler könnte man auf Jahre hinaus nicht erwarten! Auch dem Ausland gegenüber hat er sich nicht gebunden. Ebenso wenig aber habe er bei Plaudereien am Stamme des Reichszanzlerpalais mit Abgeordneten der Mehrheitsparteien während der letzten zwei Jahre jemals mehr versprochen, als er jetzt halte.

Angesichts solcher Leistungen fühlte sich Graf Bälou arg verkannt und auch über die Presse führte er lebhafte Beschwerden, daß sie seine Größe und den Ernst seiner Politik nicht genügend würdigen. Selbst August Stein, so lange sein getreuer Lobredner, verließ ihn in der „Frankfurter Ztg.“ nicht mehr und nennt seine Redeweise pastoral; auch dieses ungemein wichtige Ereignis vergaß der Reichszanzler nicht zu erwähnen. Den Schluß der Rede bildete die nochmalige Versicherung, daß für die Regierung höhere Zölle für Weizen und Roggen als die im Entwurf vorge schlagenen in jedem Stadium der Beratung unannehmbar sein würden.

Mit keinem Worte aber äußerte sich der Reichszanzler über die Frage, die nun auf aller Lippen schwebt: Was soll werden? Wollte der Reichszanzler wirklich den Anspruch erheben, daß seine Politik ernst gewürdigt werden soll, so mußte er aus seinem Erklärungen die Folgerung ziehen: Wenn dennoch die Mehrheit die Regierungsvorlage verteidigt und Zölle beschließt, mit denen Handelsverträge unmöglichkeit sind, so wird die Regierung unverzüglich das Urteil der Wählererschaft anrufen! Mindestens aber mußte Graf Bälou die Zurückziehung der Vorlage antkündigen. Diese Folgerungen zieht aber der Reichszanzler nicht und ebenso wenig denken die Mehrheitsparteien an schnelle Reichstags-Reuwaschen. Vielmehr sprach der Centrumsführer Herr Herold offenherzig genug von den heftigen Kämpfen in der eigenen Partei, die eine Auflösung einschließen würde.

Der eigentlichen Abstimmung ging schließlich noch ein bedeutungsvolles Zwischenpiel voran. Es wird immer deutlicher, daß Herr Eugen Richter sich berufen fühlt, als Geburtshelfer des Zolltarifs zu wirken. Bei der Feststellung der Abstimmungsart war der Präsident loyal genug gewesen, dem Hause bezüglich der Abstimmung der Tarifpositionen zunächst eine Abstimmung über den grundsätzlichen Antrag der Socialdemokraten auf Zollfreiheit vorzuschlagen. Daran sollten sich die Abstimmungen über die erhöhten Zollsätze anschließen. Herr Richter widersprach jedoch und war so gültig, den Protwucherparteien damit nicht nur eine, sondern etwa 900 Abstimmungen zu ersparen, denn natürlich ist der erste Abstimmungsmodus entscheidend auch für die Zukunft. Dies Verdienst erlaubten die Herren Graf Limburg-Stirum, Spahn und Wassermann auch sofort willig an. Nebenbei hatte Herr Richter noch den kleinen Vorteil, seinen näheren Parteigenossen die öffentliche Konstatierung der Thatsache zu ersparen, daß sie gegen die freie Einfuhr von Lebensmitteln aus Gründen der Opportunität stimmen würden. Singer kennzeichnete klar und scharf den freisinnigen Liebedienst und Geldennut. Für den Vor-

satz des Präsidenten, den Singer aufgenommen hatte, stimmte dann nur unsere Fraktion.

Dann kamen die Abstimmungen, zunächst über die Mindestzölle. Für den Bündlerantrag — 7,50 Mark-Zoll — stimmten 44 Unentwegte. Sie hielten auch für den Antrag Heim — 6 Mark-Zoll — die agrarische Fahne hoch und sammelten noch fast alle bayrischen Centrums-Abgeordneten und die drei Nationalliberalen Dehnhard, Sieg und Graf Oriola darunter. Die Mehrheit, mit der die Kommissionsanträge — Roggen 5,50 Mark, Weizen 6 Mark — durchgeführt wurden, war keineswegs glänzend. Sie setzte sich aus dem Centrum, den Konservativen, den Antisemiten, den Polen, Elsäßern und einigen verstreuten hochagrarischen Nationalliberalen zusammen, die auf die Beschlüsse ihres letzten Parteitags pflegen. Fünf Centrumsabgeordnete enthielten sich der Stimme, Graf Vellefren und Krebs, wohl deshalb, weil sie zum Präsidium gehören, Busangel und Humann wohl wegen der Stimmung in den westfälischen Industriekreisen. Unter den Nationalliberalen fehlten Dehl und Sieg bei dieser Abstimmung. Die Söhne des ersten und des dritten Kanzlers stimmten verschieden. Hiesig Herbert Widmarz ging zwar nicht mit den Bündlern, stimmte aber für den Kommissionsbescheid, beim Fürsten Alexander Hohenlohe weiß man nicht, ob er für die Regierungsvorlage oder gar für die Zollsätze jener Area gestimmt hätte, wo man noch nicht wollte, daß die Regierung Protwucher treibe. Er stimmte sowohl gegen den Antrag Wangenheim wie gegen die Kommissionsbeschlüsse.

Am Mittwoch, in der 200. Sitzung der Session, wird die Diskussion über die Zollsätze für Gerste und Hafer beginnen.

Die Zollberatung wird also ihren Fortgang nehmen. Man mag sich in allerlei Mutmaßungen ergehen, wie diese Fortführung der Beratung durch Regierung und Zollparteien sich verhalten lassen, wenn doch die Einigung und die schließlichige Durchführung als ausgeschlossen angesehen werden. Für die Opposition kann es bei dieser Lage der Dinge nur die eine Lösung geben: den Kampf um die Gestaltung des Tarifs mit aller Nachhaltigkeit und Ernsthaftigkeit fortzuführen.

Ob es in dritter Lesung noch zu einer Einigung kommen kann, nachdem die Regierung sowie die Mehrheitsparteien sich nun feierlich festgelegt haben, ist nicht abzusehen. Aber wir dürfen nicht müde werden, die Bestrebungen, die dahin drängen, sorgfältig zu beachten.

Auch heute liegen mehrere Anzeichen derart vor.

Die Bündler haben auf einen großen Teil der von ihnen jüngst eingebrachten Ueberzollanträge bereits wieder verzichtet, sind also entlassen, vielfach sofort für die Anträge der Kommissionsmehrheit einzutreten, die sie soeben noch als Verrat an der Landwirtschaft geschmäht hatten.

Das Centrum bereitet ein weiteres Zurückweichen in der Frage der Verwendung der Mehrbeträge vor. Die „Germania“ erklärt sich bereit, ihr Verwendungsgebiet nur auf den Mehrbetrag aus Rahmungsmittelzöllen zu beschränken sowie die Summen zum Abzug zu bringen, die sich aus der steigenden Bevölkerungsziffer ergeben. So soll der berüchtigte „Ausgleich“ der Regierung annehmbar gemacht werden.

Schließlich sei verzeichnet, daß auch die Spitzen der Regierung an der Hoffnung festhalten, daß „etwas zu Stande kommt“. Auf dem Festmahle bei der Schlußfeier der Düsseldorf-Kaufstellung hielt wiederum Minister Müller eine Ansprache, die in der Zuversicht ausklang, daß der natürlich gesunde Menschenverstand mächtiger sein wird als aller Umberstand der Parteien und daß wir aus der schwierigen Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, schließlich doch mit dem Erfolg herausgehen, daß ein Ausgleich unter den verschiedenen Interessen gefunden wird“. Herr Müller hofft zuversichtlich, daß die Agrarier sich schließlich doch hinreichend zur Regierungsvorlage bekehren werden, die ihm als das Werk des „gesunden Menschenverstandes“ gilt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Oktober.

#### Landwirte als Schutzgegner.

Unlängst fand in Aarhus die 28. Delegiertenversammlung des Verbandes der jütändischen Landwirtschaftsvereine statt, zu der 190 Delegierte und mehrere Landstings- und Folketings-Abgeordnete erschienen waren. Dort hielt der Großhändler und belauante nationalökonomische Schriftsteller A. P. Kædet einen Vortrag über die Stellung der Landwirtschaft zur Zoll-Gesetzgebung und sagte unter anderem:

„Ich kann den Landwirten warm empfehlen, sich nicht durch Zollgelüste zerplittern zu lassen, sondern sich von neuem in vollen Eifer um die alte gesunde Reformforderung zu sammeln.“

Keinen neuen und keinen erhöhten Zollschutz, sondern angemessene Herabsetzung der bestehenden Schutzzölle.

Folgen wir diesem Weg, so thun wir das Beste, was Dänemark der „englischen Gefahr“ (das heißt: der Gefahr, daß der englische Markt der dänischen Landwirtschaft verloren geht) gegenüber thun kann. Wir begegnen dieser Gefahr mit klarem Kopf, ungeschwächtem Selbstvertrauen und furchtlos in die Zukunft blickend. Vor kurzem sprach ich in einer Versammlung vor ausländischen Nationalökonomien, Politikern, Fabrikanten und Kaufleuten über die Verhältnisse innerhalb der umschützten dänischen Landwirtschaft. Ich schloß mit der Verlesung der belauante Watrup-Resolution, die nach Aufforderung des Gutbesitzers Westenholtz im Verlauf von 14 Tagen von 30 000 jütändischen Bauern unterzeichnet wurde. Es herrschte tiefste Stille in der Versammlung bei den Worten der jütändischen Bauern:

„Wir dänischen Bauern wünschen keinen Zoll auf Korn und Futtermittel. Wir wünschen keinen Schutz auf Kosten anderer, noch wünschen wir die Lebensmittel für unser Volk zu verteuern.“

Diese aufrichtige und anspruchsvolle Massenfundgebung eines Standes, der in anderen Ländern in der Regel am lautesten schreit, wenn es gilt, die eigenen Interessen auf Kosten anderer zu fördern, machte tiefen Eindruck auf die Repräsentanten der fremden Länder. Die Worte der Jütländer sind, um als Vorbild zu dienen, in viele Sprachen, unter anderem auch ins Japanische übersetzt worden.

Wenn die dänischen Landleute mit klarem Bild die Wirkungen sehen, die der Kampf um die Landwirtschaftszölle in den uns umgebenden Ländern hervorgerufen hat, so müssen sie mehr als je an ihrem eignen Standpunkt, der auch nationalökonomisch unantastbar ist, festhalten.“

Der Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und ertvachte lebhaften Beifall. —

#### Polizeigewalt und Rechtsprechung.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben: Gelegentlich der Reichstags-Wahl im Kreise Saarbrücken sind wiederholt Verletzungen der Rechte des Wähler vorgekommen. Einen dieser Fälle hat das socialdemokratische Wahlkomitee nach Erschöpfung der andern Instanzen zum Gegenstand einer Eingabe an den preussischen Minister des Innern, Herrn v. Hammerstein, gemacht. Die Eingabe besagt: Der Bürgermeister von Gerstweiler (Regierungsbezirk Trier) hat am Sonntag, 20. April 1902, nach Ausschreibung der Reichstags-Wahl, die Verteilung von Wahlflugblättern unterfagt, und als die Verteiler, sich berufend auf § 43 der Gewerbe-Ordnung, in der Verteilung fortfuhrten, die Blätter beschlagnahmt. Sie sind einige Zeit nachher freigegeben worden. Die Beschwerde gegen den Bürgermeister hat der Landrat zu Saarbrücken zurückgewiesen mit der Begründung, daß die Verteilung an dem betreffenden Sonntage eine strafbare Uebertretung der Regierungs- Polizeiverordnung vom 14. Dezember 1893 (Sonntagsheiligung) sei; der § 43 der Gewerbe-Ordnung stehe der Anwendung dieser Verordnung nicht entgegen, und die Wegnahme der Flugblätter sei zur Verhütung weiterer Uebertretungen berechtigt gewesen. Die Beschwerde gegen die landräuliche Entscheidung wurde von dem Regierungspräsidenten zu Trier ebenfalls abgewiesen. Die Eingabe an den Minister beantragt: den Regierungspräsidenten entsprechend anzuweisen zu wollen. Die Eingabe weist darauf hin, daß in der letzten Zeit eine ganze Reihe von preussischen Landgerichten und wiederholt auch das preussische Kammergericht als Revisionsinstanz entschieden: daß in dem Verteilen von Flugchriften an Sonntagen eine Verletzung jener Regierungs- Polizeiverordnungen, die ja in allen preussischen Regierungsbezirken den nämlichen Inhalt haben, nicht zu erblicken ist. In einer kammergerichtlichen Entscheidung heißt es u. a.:

„Der Vorbericht hat mit Recht angenommen, daß durch den § 2 der gedachten Polizeiverordnung, die erlassen ist zur äußeren Festhaltung der Sonn- und Feiertage, nur die öffentlich bemerkbaren Arbeiten verboten sind, die durch die Art ihrer Verrichtung geeignet sind, das religiöse Gefühl der Andacht und der Erbauung in seiner Allgemeinheit zu verletzen und die Feiertagsruhe zu stören. Die von den Angeklagten vorgenommenen Verteilung von Druckschriften hat nun zwar der Vorbericht für eine öffentlich bemerkbare Arbeit erachtet; er ist jedoch zu der weiteren Feststellung gelangt, daß diese Thätigkeit der Angeklagten weder an sich, noch nach der Art und Weise, wie die Verteilung vorgenommen wurde, geeignet war, das religiöse Gefühl der Bewohner des Ortes Wälfraath und den Sonntagfrieden in diesem Ort in seiner Allgemeinheit zu verletzen.“

Zum Schluß führte die Eingabe an: „Wenn die Entscheidung des Herrn Regierungspräsidenten zu Trier bestehen bliebe, so wäre das eine Unwirkksammachung des § 43 S.-O. für die Sonn- und Feiertage. Den Arbeitern wäre damit die Verteilung von Wahl-schriften nahezu unmöglich gemacht, da sie dazu nur an Sonn- und Feiertagen die Möglichkeit haben.“

Auf die Eingabe ging dem Beschwerdeführer kürzlich folgende Antwort zu:

Der Minister des Innern. Berlin, den 27. August 1902.

Ilb 3421.  
 Auf die Beschwerde vom 17. Juni dieses Jahres über den Bürgermeister von Gerstweiler wegen Verhinderung der Verbreitung von Wahlflugblättern am Sonntage eröffne ich Ihnen nach Prüfung des Sachverhalts, daß es bei der auf zutreffenden Erwägungen beruhenden Entscheidung des Herrn Regierungspräsidenten zu Trier vom 23. Mai d. J. zu be-wenden hat.

In Vertretung:  
 (Name unlesbar.)

Mit ein paar Federzügen überwindet man im preussischen Ministerium des Innern die Thatsache, daß das Vorgehen des saarabischen Bürgermeisters und die Entscheidung seiner beiden Vorgesetzten in kraffem Widerspruch stehen mit zahlreichen Entscheidungen preussischer Landgerichte und des obersten preussischen Gerichts, des Kammergerichts. Mittlerweile hat auch das Saarbrückener Schöffengericht die Flugblattverteiler von der Anklage der Sonntagsheiligung freigesprochen. Trotzdem hat es noch der Erklärung des Ministeriums des Innern bei der Entscheidung des Trierer Regierungspräsidenten „zu beenden“. Steht Herr v. Hammerstein über dem Gesetz? —

# Deutsches Reich.

## Das Zollgesetz.

Die zollamtlichen „Verl. Pol. Nachr.“ sagen in einer Polemik gegen die Agrarier:

„Nach sorgfältiger Berechnung würde der Mehretrag der landwirtschaftlichen Zölle sich auf rund 175 Millionen Mark, der Mehretrag der industriellen Zölle auf rund 35 Millionen Mark stellen. Die Verstärkung des Zollschutzes, welche die verbündeten Regierungen der Landwirtschaft in Aussicht gestellt haben, verhält sich daher zu den für die Industrie geplanten Vermehrungen des Zollschutzes wie 175 zu 35, d. h. die Verstärkung des Zollschutzes für die Landwirtschaft beträgt rund 500 Proz. desjenigen für die Industrie.“

210 Millionen Mark soll also allein das Reich durch die Zoll-erhöhungen profitieren. Das ist aber nur eine Winzigkeit gegenüber den Summen, die durch den Grenz Zoll die Grundbesitzer und die Großkapitalisten der Syndikate einstreichen sollen. —

Der bekannte Prager „Stechbrief“ gegen Wilhelm II. wird im österreichischen Abgeordnetenhaus zur Besprechung kommen. Der All-deutsche Schönerer hat über den Fall eine Interpellation eingebracht. —

Gegen Pastor Dörries in Kleefeld in Hannover war, wie wir mitteilen, seitens des Konsistoriums ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er durch einen Vortrag auf dem national-sozialen Parteitag über die Frage „Verdacht Politik den Charakter“ einem Gebot der Kirchenbehörde zuwider sich an politischen Partei-bestrebungen beteiligt habe. Jetzt wird gemeldet, daß das Verfahren eingestellt worden sei. Offenbar fürchtet die Kirchenbehörde, Märtyrer zu schaffen, die dem heutigen Kirchenregiment um so unangenehmer werden könnten. —

Zur Fleischnot. Das Cannstatter Stadtschultheißenamt hat an den württembergischen Minister des Innern eine Eingabe wegen der Fleischnot gerichtet, die auf das durch den Mangel im Angebot schlachtaber Tiere verursachte Steigen der Fleischpreise und die gleichzeitige starke Abnahme des Fleischkonsums hinweist.

Aus einer Zusammenstellung über die in Cannstätt geschlachteten Tiere und eingeführten Fleischwaren sind die folgenden Zahlen bemerkenswert: Es wurden vom 1. Januar bis 15. September 1902 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres bei den Viehhaltungen leichte Stiere, Kühe, Schweine und Kälber 1011 Stück weniger eingeführt, gegenüber einer Mehreinfuhr von nur 253 Stück bei schweren Ochsen, Färsen, schweren Stieren, Rindern, Hammeln und Schafen. An Fleischwaren wurden rund 1400 Kilogramm weniger eingeführt. Eine Uebersicht über die monatlichen Fleischpreise der Jahre 1900 und 1902 ergibt im September eine Steigerung beim Rindfleisch von 1,30 M. auf 1,36 M., Schweinefleisch von 1,40 M. auf 1,60 M., Hammelfleisch von 1,04 M. auf 1,30 M. per Kilogramm.

Wie die Junker die Minister ziehen. In einer Versammlung zu Havelberg erzählte der Landtags-Präsident v. Kröcher, es sei hinsichtlich der Behandlung der Kanalvorlage von konservativer Seite insofern ein Fehler gemacht worden, als ein konservativer Führer dem Minister v. Miquel entgegengehalten habe, daß man nicht wisse, ob seine Rede für oder gegen die Kanalvorlage gerichtet gewesen sei. Daher wäre Herr v. Miquel in die Notlage verwickelt worden, energischer für die Kanalvorlage einzutreten, als er es sonst gethan hätte.

Für die richtige Taktik hält es danach Herr v. Kröcher, daß man die Vertrauensleute des Junkertums in der Regierung heimlich von der Hintertreppe aus gegen die Politik der Regierung arbeiten läßt. Vor allem ist zu vermeiden, daß die Konservativen die Krone durch unüberlegte Offenherzigkeiten darauf hinweisen, wie die Minister die Wünsche der Krone zu vereiteln suchen. Denn dann erfolgt ein Armeebefehl und die Minister müssen ihre Junkerliebe ihrem Anekdoten opfern.

Ein ganz reizendes Sittenbild aus der höheren Welt der Regierungsauctorität. So wird's gemacht! —

## Husland.

### Vom Generalfreieit der französischen Bergarbeiter.

Paris, 20. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Haltung der Grubengesellschaften ist, wie üblich, darauf berechnet, die Streikenden durch die Aushungerung zu bezwingen. So suchen die nordischen Kohlenbarone die vom Gewerkschaftsverband angeregten Unterhandlungen hinauszuschieben. Ihre Delegierten, die auf Antrag der Präfekten des Pas-de-Calais und des Norddepartements zusammengetreten sind, schühen vor, daß sie — seit dem 11. Oktober! — noch keine Zeit gehabt hätten, mit den Verwaltungen der Compagnien sich zu verständigen. Zugleich werfen sie in ihrer Antwort an die Präfekten der Arbeiterorganisation vor, den Streik ohne vorherige Einigungsversuche erklärt zu haben.

Der Gewerkschaftsvorstand von Pas-de-Calais widerlegt nun die verlogene Antwort in schlagender Weise, indem er die Geschichte der Unterhandlungen seit dem Frühjahr darlegt. Es waren die Kohlenbarone, die dreimal hintereinander die Verhandlungen unter den wichtigsten Vorwänden zum Scheitern gebracht haben.

Stand der Bewegung. Nach einer Aufstellung des Generalsekretärs der Bergarbeiter vom 17. Oktober war der Streik allgemein in den Departements: Nord, Pas-de-Calais, Loire, Haute-Loire, Vaucluse-du-Rhône, Aveyron und Gard (im letzteren mit Ausnahme von 2000 Arbeitern), ferner in den Gruben von Combelle, St. Eloy, Double, Carmaux, Cognac, Cranac und Campagnac. Der Streik dehnte sich aus in Decazeville. Er war allgemein in Allier, mit Ausnahme von Commentry (300 Arbeiter). Außerhalb der Bewegung blieb namentlich das Departement Saône-et-Loire mit 10 000 Arbeitern (Montceau u.). Im ganzen arbeiteten damals noch 14 300 Arbeiter. Im Streik standen also demnach 150 bis 160 000 Mann. Und die seitherigen Nachrichten zeigen die Bewegung wesentlich auf derselben Höhe.

Aus dem Norden werden einige weitere Betriebsstörungen in Eisenwerken wegen Kohlemangel gemeldet.

In Saint-Etienne scheint die Bewegung für den Generalfreieit aller Verufe mißlingen zu sollen. Unter andrem haben sich die dort sehr zahlreichen Weber mit 4095 gegen bloß 463 Stimmen gegen die Arbeitsniederlegung erklärt.

Die Klassenjustiz der Bourgeoisrepublik treibt ihr Handwerk mit dem üblichen Eynismus. Jeden Tag kommen Nachrichten von summarischen Beurteilungen wegen „Verletzung der Arbeitsfreiheit.“ Wochen und Monate Gefängnis hageln nur so — natürlich durchweg ohne Anwendung der bedingten Verurteilung, von der die Kerkerknechte der Republik einen so cynischen Gebrauch gemacht haben gegenüber den bretonischen und anderwärtsigen kerkerknechten. trotzdem es sich dort fast ausnahmslos um milde Geldbußen handelte. Der sozialistische Abgeordnete Sellen-Denain wird den Justizminister über den gerichtlichen Terrorismus interpellieren.

Die beiden sozialistischen Parteien haben Aufrufe an die Arbeiterschaft erlassen, die sich natürlich nach Ton und Inhalt wesentlich unterscheiden. Der jaurensische Aufruf ist nur gegen die Grubengesellschaften scharf, gegen die Regierung ist er möglichst mild. Er meint in Bezug auf den Nord von Terrenoire: „Der Entfruchtungsstreik des Proletariats gegen das abscheuliche Verbrechen ist gehört worden. Und vielleicht

werden die Regierung und die Mehrheit (der Kammer) danach trachten, zur republikanischen Tradition (!) zurückzukehren.“ — In welcher Weise jener Entfruchtungsstreik gehört worden ist, zeigen die fortwährenden Meldungen von neuen Truppenverstärkungen in den Streikgebieten. So meldet heute eine Depesche der „Petite République“ am Ais (Gard), daß dort 11 Compagnien Infanterie und Kavallerie angekommen sind, „trotz der Versprechungen des Präfekten an Devèze“, den ministeriell-socialistischen Abgeordneten. Was die „republikanische Tradition“ betrifft, so bleibt ihr die Regierung durchaus treu. Um auf die militärische Einschüchterung der Streikenden zu verzichten, müßte sie vielmehr mit besagter Tradition brechen.

Der Aufruf der P. S. de J. (Guesdisten und Blanquisten) ladet die Parteigruppen ein, überall Volksversammlungen einzuberufen, in denen eine Resolution zu beantragen ist, die „gegen die Einmischung der bewaffneten Macht im Interesse des Kapitalismus protestiert, einer Macht, von welcher die Klassenregierung von heute denselben Gebrauch zu Gunsten des Unternehmertums macht, wie die Regierungen von gestern —, und ferner die Proletarier auffordert, sich zu organisieren, nicht so sehr im Hinblick auf diese oder jene Reform, als zum Zweck ihrer vollständigen Befreiung durch die Vergesellschaftung im Interesse der Gesamtheit der Bergwerke und sämtlicher Produktionsmittel.“

Auf den Wunsch des Landeskomitees der Bergarbeiter haben ferner beide sozialistischen Parteien ihre Abgeordneten und Redner den Streikenden zur Verfügung gestellt. —

Deputiertenkammer. Zur Verhandlung stehen die Interpellationen über den Grubenarbeiter-Ausstand. Thivrier tadelt es, daß Truppen in das Ausstandsgebiet entsandt worden sind, und verlangt, daß die Truppen in Anbetracht der ruhigen Haltung der Ausständigen zurückgezogen werden. Briand (Soc.) behauptet, in Frankreich bestände für Ausstandsbebewegungen keine Freiheit. Medner erinnert an den Arbeiter, der in Terre-Noire getötet wurde und schreibt die Tötung des Arbeiters dem Mangel an Kaltblütigkeit von Seiten eines Gendarmen zu; er verlangt, daß diese That bestraft werde. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Paris, 21. Oktober. In einer gestern abgehaltenen geheimen Sitzung des Komitees der Arbeiterverbandes wurde folgende Tagesordnung angenommen: „Nachdem das Komitee die Berichte der Delegierten der verschiedenen Verbände erhalten hat, erklärt sich dasselbe zur Annahme des Vorschlages des Grubenarbeiterkomitees betreffend die Organisation eines Generalsausstandes bereit.“ Die Lage ist durch diesen Beschluß wesentlich verändert, da infolge desselben der allgemeine Ausstand für ganz Frankreich zu befürchten steht. In einer heute stattfindenden neuen Sitzung soll über den Generalsstreik beraten werden. Im ganzen feiern nunmehr 150 000 Arbeiter; diese Ziffer wird noch bedeutend überschritten werden, falls die Hafenarbeiter sich ihrem Versprechen gemäß dem Ausstande anschließen.

Dünkirchen, 21. Oktober. Der Fachverein der Hafenarbeiter hat den allgemeinen Ausstand beschlossen. Es soll sogar bei den Schiffen, deren Entladung bereits begonnen hat, die Arbeit eingestellt werden.

## Oesterreich-Ungarn.

Koerber über das Recht der Kritik durch die Presse. Der Ministerpräsident, der nach dem Scheitern des Justizministers das Justizministerium provisorisch übernommen hat, hat zwei Erlasse an die Ober-Landesgerichts-Präsidenten und die Ober-Staatsanwälte gerichtet. In dem ersteren Erlaß betont er, daß die in Aussicht stehende Reform des Strafrechts einen hierfür vorbereiteten Richterstand vorsehen müsse, dessen oberster Grundsatz sein müsse, daß einerlei Recht für jedermann herrsche, das von niemand gebeugt werden dürfe. Hoffentlich findet der Erlaß, der auf die bisherige Praxis der österreichischen Justiz ein interessantes Schlaglicht wirft, auch Beachtung. Dasselbe wäre sehr zu wünschen von dem zweiten Erlaß, der sich auf das Recht der Kritik durch die Presse bezieht. In diesem Erlaß heißt es:

„Insbesondere die Erhebung und Anklage ist mit größter Sorgfalt zu prüfen; sie hat nur dann Platz zu greifen, wenn der Verdacht sowohl in objektiver als auch subjektiver Beziehung begründet ist, denn in der Häufung unsicherer Anlagen vermag ich keinen Vorteil für die Rechtspflege zu erblicken.“

Das freie Wort, wenn es nur aus patriotischem Herzen kommt, schadet mir keine Gefahr; im Gegenteil erachte ich eine freie Presse als die richtige Ableitung der durch mannigfache Verhältnisse hochgesteigerten Leidenschaften. Was der Kritiker erliegt, hat kaum Lebensfähigkeit besessen. Einer die hohen Instanzen nährenden Journalistik ist allerdings das Gesetz in seiner ganzen Schärfe entgegenzuhalten.“

## Frankreich.

Die Erklärung des Episkopats zu Gunsten der Kongregationen wurde am Dienstag von dem Ministerrat erörtert. Der Ministerrat beschloß, die Angelegenheit an den Staatsrat zu verweisen, da das Schreiben der Bischöfe hauptsächlich die Bestimmungen des Konkordats zuwiderläuft. Der Ministerrat beschloß ferner, den Kardinal Perraud, Bischof von Autun, der kürzlich bei einem kirchlichen Feste in Orleans von der Kanzel herab eine für die Regierung und das Ministerium beleidigende Sprache geführt hatte, aufzufordern, seine Auslassungen zu widerrufen. —

## Niederlande.

Die Voerengenerale Botha, De Wet und Delarey sind am Dienstag vom Haag über Rotterdam nach London abgereist. —

## Belgien.

Gegen den sozialistischen Deputierten Van Langendend war, wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, eine Untersuchung wegen Aufreizung eingeleitet. Nach den Ereignissen vom 15. April hatte er in Löwen Palate angeschlagen lassen, in welchen es unter anderem heißt: „An unsere Brüder, gemordet für das allgemeine Wahlrecht!“ Nach einer monatelangen peinlichen Untersuchung ist dem Genannten jetzt mitgeteilt, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt sei. —

## England.

Ein großer Mullah-Zugzug wird von der englischen Presse allgemein als notwendig bezeichnet. In einem weiteren Berichte des Herbert Swaine heißt es, daß die Somali-Hilfstruppen stark erschüttert seien. Swaine bittet, daß man ihn den Rest des zweiten Bataillons der afrikanischen Königsjäger und weitere 600 Mann Verstärkung sofort nach Berbera schicken möge. — Nach einem Bericht des „Netherby Telegraph“ aus Aden sollten am Dienstag 400 Mann Bombatruppen von dort nach Somaliland abgehen. „Daily Graphic“ schreibt: „Wir haben jetzt dafür, daß wir die wirksame Geltendmachung unsrer Autorität in dem Schutzgebiete des Somalilandes vernachlässigten; vor drei Jahren betonte der britische Generalkonsul in Berbera, daß, obwohl ein großes Gebiet auf der Landkarte rot markiert ist, nichts geschehen sei, um die britische Herrschaft außerhalb der Häfen und der Schutzgebiete der Kanonen in die That umzusetzen; er schlug damals eine allmähliche Ausdehnung der britischen Verwaltung vor, aber da das etwas kostspielig gewesen wäre, wurde sein Rat nicht befolgt, jetzt werden wir das ganze Land neu erobern müssen.“ —

## Äfien.

Englische Strafexpedition in Öman. Der „Standard“ meldet aus Peking: Vier britische Kanonenboote haben Befehl erhalten,

nach Hankau abzugehen; die Maßregel steht in Zusammenhang mit der Ernennung der britischen Missionare Bruce und Lewis in der Provinz Öman. —

## Parlamentarisches.

Die Kinderkündigung-Kommission zur Beratung des Gesetz-Entwurfs betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben trat am Dienstagvormittag zur ersten Sitzung zusammen, ging aber bald auseinander, da das Centrum um 11 Uhr bereits eine Fraktions-sitzung anberaumt hatte. Der konservative Frhr. v. Nöthlingen beantragte, daß vorläufig keine Sitzungen stattfinden sollen, und der freisinnige Abgeordnete Jöwis war derselben Ansicht, daß der Vorsitzende der Kommission bestimmen möge, wann die nächste Sitzung stattfinden soll. Dem widersprachen unsere Fraktionsmitglieder ganz energisch, während die Nationaliberalen sich als Dritte im Bunde dem konservativ-freisinnigen Verschleppungs-antrage anschlossen. Bei der Abstimmung ergab sich Stimmengleichheit, und damit war der Antrag gefallen. Der Vorsitzende, Frhr. v. Hertling, benannte nun die nächste Sitzung auf Donnerstagvormittag 9 Uhr an.

Die eigentümliche Haltung der freisinnigen Kommissionsmitglieder, denen an einer raschen Annahme des Entwurfs so wenig zu liegen scheint, findet seine Ergänzung in den von ihnen gestellten Anträgen. Sie beschränken sich auf ein solches Mindestmaß von Forderungen, daß die ungenügende Regierungsvorlage durch sie nur recht wenig verbessert wird. Von einer Einbeziehung der Landwirtschaft ist in diesen Anträgen nicht die Rede, nur in einer Resolution wird „der Reichskanzler ersucht, ohne Verzug Erhebungen über die Ausdehnung in der Landwirtschaft und den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben zu veranlassen“. Als ob es noch erst einer Erhebung für die offenkundige Thatsache bedarf, daß die Kinderarbeit auf dem Lande in ausgedehntester Weise üblich ist und zu geistigen wie körperlichen Nachteilen für die Kinder führt. Die bisher von unsren Genossen eingereichten Anträge fordern, daß das Gesetz sich auf landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe erstrecke, das Schutzalter nicht schon mit dem 18. Lebensjahre ende, sondern erst mit dem 14., der Unterschied, der im Gesetzentwurf zu Ungunsten der eignen Kinder gemacht wird (die in größerem Umfange als die fremden zur Arbeit herangezogen werden dürfen), beseitigt wird, eventuell mindestens die zur gesetzlichen Zwangsverziehung überwiesenen Kinder nicht gleich den eignen noch mehr wie die fremden ausgebeutet werden dürfen. — Weitere Anträge folgten. —

## Partei-Nachrichten.

Der Fall Wittich wird jetzt in der „Leipziger Volkszeitung“ in der herbeizugewandten Art weitergesponnen, die wir schon stets so lebhaft bewundert haben. Wir können der „Leipziger Volkszeitung“ aus Gründen, die uns immer als Nichtsthum unsres Gandelns gebüht haben, auf ihren Wegen nicht folgen und begnügen uns deshalb mit einigen thatfächlichen Richtigstellungen. Die „Leipziger Volkszeitung“ behauptet, wir hätten über den Fall Wittich auf Unkosten der Leipziger Genossen in entstellter Weise berichtet und namentlich die letzten Erklärungen des Leipziger Agitationskomitees totgeschwiegen. Das ist in jeder Beziehung unwar.

In den Rrn. 238, 239, 241 und 246 hat der „Vorwärts“ von der Sache Notiz genommen. In der ersten Notiz, die sofort auf die erste Erklärung des Leipziger Agitationskomitees erschien, sind erstens die wesentlichen Angaben der Broschüre wiedergegeben, es sind ferner die wesentlichen Erklärungen des Agitationskomitees wiedergegeben, insbesondere die einzige wichtige Behauptung, daß man Wittich ein festes Mitarbeiterverhältnis mit einem garantierten Einkommen von 1200—1500 M. angeboten habe.

Es ist auch ausgesprochen, daß die Aufrollung der Angelegenheit nicht als taktvoll anzusehen sei und daß die Darstellung der Broschüre nicht vollständig der Wahrheit entspreche. Andererseits haben wir uns aber auch ausgesprochen gestattet, daß wir es nicht für wärdig hielten, eine Taktlosigkeit durch eine andre zu über-trumpfen.

Nachdem wir dann in Nr. 239 von der Erklärung Lipinski über die Entstehung der Broschüre Notiz genommen, stellen wir in Nr. 241 fest, daß die streitenden Parteien sich in längeren Ausführungen gegenseitig berichtigen und im übrigen bei ihren Behauptungen stehen bleiben, erlauben uns aber wiederum auszusprechen, daß erneut Dinge in die Debatte gezogen werden, die mit der Aufklärung über das Verhältnis Wittichs zur „Leipziger Volkszeitung“ nichts zu thun haben.

Die letzten Darlegungen des Leipziger Agitationskomitees erschienen am Freitag in der „Leipziger Volkszeitung“ und waren am Sonnabend in unsren Händen und bereits in der am Montag redigierten Nr. 246 des „Vorwärts“ haben wir sie durch zum Teil wörtlichen Abdruck der wesentlichen Sachdarstellung berücksichtigt. Gleichzeitig ist dabei eine Erklärung Maars aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vollständig abgedruckt, in der er die in der Broschüre gemachten Angaben etwas mildernd berichtigt. Etwas weniger Vor-eisigkeit hätte genügt, der „Leipziger Volkszeitung“ diese Berichtigung zu ersparen.

In der Ueberzeugung, daß wir auch in dieser Erklärung den ruhig beschreibenden Schulmeister-ton beibehalten haben, der in Leipzig so wenig Kurs zu haben scheint, halten wir die Angelegenheit hiermit, soweit sie den „Vorwärts“ betrifft, für erledigt. Es erübrigt sich nur noch ein Wort zur Richtigstellung des Zusammenhangs, in den die „Leipziger Volkszeitung“ auf Grund von Aeußerungen Lipinski die Angelegenheit mit dem Verein der Arbeiterpresse zu bringen verfiel. Von Vorstandsmitgliedern des Vereins Arbeiterpresse werden wir unterrichtet, daß der Vorstand dieses Vereins niemals einen Beschluß gefaßt oder einen Auftrag erteilt hat, als dessen Ausführung man, wie die „Leipziger Volkszeitung“ thut, die Wittich-Broschüre ansehen könnte.

## Erklärung.

In der „Leipziger Volkszeitung“ Nr. 243 findet sich in der ersten Beilage ein Artikel, der in einem mir unverständlich gebliebenen Gedankengang den Fall Wittich, mit dem ich nicht das mindeste zu thun und über den ich keine Zeile geschrieben oder angeregt habe, zu internen Erörterungen in der Münchener Generalversammlung des Vereins Arbeiterpresse und — unter deutlicher Anspielung — zu meiner Person in Beziehung bringt.

Der Artikel weicht mit einer Geschicklichkeit, die ich lebhaft anerkenne, bei den über die Artlichen Thatsachen ununterrichteten Lesern der „Leipziger Volkszeitung“ den Anschein zu erwecken, als ob meine gar kein öffentliches Interesse beanspruchenden, neben-sächlichen Aeußerungen in München so gelautet hätten, wie sie das polemische Interesse des antwortenden Verfassers des Artikels wohl zu wünschen mag.

Meine literarische Hochachtung vor dem Urheber des inter-essanten Artikels, die pflichtgemäße Rücksicht auf den Raum des „Vorwärts“ und vor allem meine, vielleicht von dem berechneten Kollegen nicht geteilte Anschauung, daß die Parteigenossen ein Recht darauf haben, von den Redakteuren ihrer Blätter mit persönlichem Kritik nicht behelligt zu werden — diese drei Bedenken hindern mich, auf die fabelhafte Darstellung zu antworten.

Wenn dem Verfasser des Artikels daran liegen sollte, daß die Wahrheit klar gestellt werde, so ist das leicht möglich, ohne daß es nötig wäre, Redakteure in die widerwärtige Lage zu versetzen, die ihnen anvertrauten Blätter für persönliche Zwecke zu miß-branchen. Sollte es sich für mich verlohnen, die verwirrten Behauptungen des Artikels richtig zu stellen, so werde ich dazu das Vereinsorgan benutzen.

Kurt Eisner.

Von der Landagitation! Genosse Ad. Hoffmann hatte nach dem Parteitag in München, nachdem er vier Versammlungen in Wien



Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirke des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat.

Danach ist das Statut, das die Genehmigung des Bezirksauschusses gefunden hat, ungesetlich. Das Statut darf, wie die berufensten Kommentatoren des Gesetzes, wie Haas, Wilhelm und Jürst, Mugdan und Cuno nach den Motiven feststellen, keine der nach dieser Bestimmung berechtigten Personen vom Wahlrecht ausschließen.

Der § 13 bestimmt, daß die Weisiger zur Hälfte aus Arbeitern und zur Hälfte aus Unternehmern entnommen werden müssen und von diesen auch zu wählen sind. Als Arbeiter in diesem Sinne ist wiederum nach den berufensten Kommentatoren univiersprochen anzusehen auch derjenige, der vorübergehend ohne Arbeit ist, sofern er nur berufsmäßig gegen Entgelt selbständigen Gewerbetreibenden seine Arbeitskraft zu Arbeiten im Gewerbebetrieb zur Verfügung stellt.

Es kann natürlich der Fall eintreten, daß Zweifel darüber entstehen, ob noch eine vorübergehende Arbeitslosigkeit vorliegt oder die Eigenschaft als Arbeiter aufgegeben oder verloren gegangen ist. Aber das Gewerbegericht ist eben ein sozialpolitisches Organ, das das Interesse der Arbeiter dienen soll und in Zweifelsfällen so auszulegen ist, wie es den Interessen der Arbeiter entspricht. Jedenfalls ist es kein Objekt für juristisch-realistische Haarspaltereien und jedenfalls ist das zweifellos, daß das Statut eines Gewerbegerichts nicht von vornherein das Wahlrecht nur auf solche Arbeiter beschränken darf, die am Tage der Wahl Arbeit haben.

Das Gewerkschaftsstatut in Prenzlau hat gegen das Verfahren des Magistrats natürlich Beschwerde geführt und die Aufsichtsbehörde wird deshalb genötigt, das Statut überhaupt auf seine Gesetzmäßigkeit zu prüfen.

### Handlungsgehilfin oder Gewerbegehilfin?

Die Handlungsgehilfin L. hatte die Inhaberin einer „Postkarten-Centrale“ mit photographischem Betrieb, Frau Sudermann, auf Zahlung einer Entschädigung von 237 M. verklagt, indem sie die Mündigungsfrist kaufmännischer Angestellter (6 Wochen vor dem Quartalsbericht) für sich in Anspruch nahm. Sie behauptete ohne Grund vorgelegt zu werden zu sein. Das Landgericht hat festgestellt, daß die Klägerin im Geschäft der Beklagten hauptsächlich photographische Aufnahmen für Postkarten gemacht hatte, und hatte sich deshalb für unzuständig und das Gewerbegericht für zuständig erklärt. So kam die Angelegenheit vor das Gewerbegericht, vor dem Fr. L. dabei blieb, daß sie Handlungsgehilfin und nicht Photographin, nicht Gewerbegehilfin gewesen sei. Sie habe allerdings bei der Beklagten das Photographieren erlernen und photographische Aufnahmen machen müssen. Zugleich habe sie aber das Geschäft kaufmännisch verwaltet, unter andern Eintragungen in die Bücher gemacht und auch Postkarten verkauft. Für ihre Eigenschaft als Handlungsgehilfin spreche auch die Annonce in der „Voss. Ztg.“, auf die hin sie in das Geschäft gekommen sei. In der Annonce, die Klägerin vorlegt, wird eine Verkäuferin gesucht. Die Beklagte behauptete, das sei nur geschehen, weil man für solch Postkartengeschäft keine Berufspostphotographin bekomme. Das eigentliche Engagement sei davon abhängig gemacht worden, daß die Klägerin photographiere. Für den nebenher betriebenen Verkauf von Postkarten ohne Photographie hätte man nicht eigens eine Verkäuferin gebraucht. Die Kammer des Gewerbegerichts verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 70 M., das heißt zu einer Entschädigung für 14 Tage, der Mündigungsfrist gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Mit der Mehrforderung wurde die Klägerin abgewiesen. Gewerbeschlichter Dr. Meier führte begründend aus: Für die juristische Auslegung der Stellung eines Angestellten komme es nicht darauf an, in welcher Form man engagiert oder wie das Engagement verabredet worden sei, sondern auf die Stellung selber. Hier kommt nun das Gericht nicht darüber hinweg, daß die Klägerin entgegen der Annonce und vielleicht entgegen gewissen Abmachungen tatsächlich als photographische Gehilfin beschäftigt worden sei. Wenn die Klägerin nebenbei mal Eintragungen im Geschäftsbuch machte und mal eine Ansichtskarte verkaufte, so ändere das nichts daran, daß ihre Haupttätigkeit die einer Photographin gewesen sei. Sie könne deshalb nicht auf die Mündigungsfrist der Handlungsgehilfin, sondern nur auf die 14tägige Mündigungsfrist der Gewerbegehilfin beziehungsweise auf eine dieser entsprechenden Entschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung Anspruch erheben.

Wie groß das Bildungsbedürfnis in den unteren Volksschichten ist, zeigte sich jüngst wieder in einer für manche Leute überraschenden Weise in München. Dort hat man seit einiger Zeit an 46 Volksschulen neben den vorhandenen sieben Klassen noch je eine achte Klasse für die Oberstufe eingerichtet. Diese achte Klasse, deren Besuch freigestellt war, wurde durchweg so fast in Anspruch genommen, daß man jetzt daran denkt, diese Einrichtung in den nächsten Jahren obligatorisch zu machen und im Anschluß daran einen ebenfalls obligatorischen zweijährigen Fortbildungskursus einzuführen.

Zur Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes. Der schweizerische Bundesrat ersucht in einem Kreisreiben die Kantonsregierungen, alle die Uebertretung des Fabrikgesetzes betreffende Endeurteile der kantonalen Behörden sofort nach diesem Erlaß den eidgenössischen Fabriksinspektoren zu Händen des Bundesrats mitzuteilen, die jenseits ihrerseits dem Industrie-Departement binnen fünf Tagen eventuelle Anträge auf Erhebung der Kassationsbeschwerden zu stellen haben.

Der schweizerische Bundesrat ist anscheinend zu der Ueberzeugung gelangt, daß gegen die geschwerachtenden Unternehmer eine schärfere Zucht nötig ist.

Ein Informationsbureau für das Unfallgesetz in Amsterdam hat das Nationale Arbeitersekretariat (die Generalkommission der Gewerkschaften Hollands) zu errichten beschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

Die sozialdemokratische Fraktion im Stadtverordneten-Kollegium zu Spandau hatte seiner Zeit eine Beschwerde an den Regierungspräsidenten von Potsdam gerichtet, in welcher über Mißstände in der städtischen Verwaltung Klage geführt wurde. Der Regierungspräsident ordnete einen Regierungsrat ab, um die städtische Verwaltung zu revidieren. Auf Grund des erstatteten Berichtes beschied der Präsident die Beschwerdeführer abschlägig, sandte diesen Bescheid aber nicht an die Beschwerdeführer, sondern an den Magistrat mit dem Auftrage, den Bescheid dem Stadtverordneten-Kollegium zur Kenntnis zu bringen. Am 5. Juni wurde er in der Stadtverordneten-Sitzung verlesen, worauf der Vorsitzende unter allerlei Vorwänden die Diskussion verhindern wollte. Da tief der Stadtverordnete Ernst Rieger, der die Beschwerde verfaßt und namens seiner Kollegen abgehandelt hatte, die ganze Sache läme ihm vor wie ein Stroh aus dem Kollkauer. Dieser Jurat trat ihm erstens einen Denkmarsch zu, dem Protokollentwurf wurde, und dann auch noch eine Anklage wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten ein. Diese Anklage verlangte gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zur Verhandlung. Der Angeklagte erklärte, er habe sich nicht gegen die Person des Regierungspräsidenten gewandt, sondern gegen die ganze Behandlung dieser Sache und dafür berufe er sich auf das Sitzungsprotokoll. Dieses war nicht zur Stelle. Der Stadtverordnete-Vorsitzer hatte zwar eine Abschrift des Protokolls bei sich, die er dem Gerichte vorlegen konnte, aber diese Abschrift enthielt nur am Rande die Bemerkung: „Die Behandlung der Sache durch den Regierungspräsidenten“, dagegen enthielt eine beglaubigte Abschrift, die der Bürgermeister vorlegte, diese Bemerkung nicht. Verantwortl. Redakteur: Carl Veld in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft

fornit keine Klarheit über den Vorlauf des Protokolls zu schaffen war, beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertagen und das amtliche Protokoll der Stadtverordneten-Sitzung einzufordern.

Zum Kapitel der „unmündlichen Eltern“ lieferte eine Verhandlung, die gestern vor der Berufungssitzung des Landgerichts II stattfand, einen neuen Beitrag. Der auf dem Bahnhofs in der Frankfurter Allee angestellte Stationsassistent Otto Guttsch und dessen Ehefrau Marie Guttsch waren beschuldigt, ihr zehnjähriges Töchterchen Else fortgesetzt in der empörendsten Weise mittels gefährlicher Werkzeuge gemißhandelt zu haben. Schon vor dem Schöffengericht war ein trauriges Bild von Dürstbarkeit und Verrohung entrollt worden, das mißhandelte Kind hatte aber mit seiner Aussage zurückgehalten, wodurch es kam, daß die Ehefrau Guttsch nur zu 50 M. Geldstrafe, der Ehemann dagegen freigesprochen wurde. Hiergegen hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Die erneute Verhandlung ergab folgenden Tatbestand: Die Angeklagten wohnen in Mahlsdorf, wo sie ein kleines Pflanzgut haben. Schon wiederholt war es den Nachbarn aufgefallen, daß die Eheleute Guttsch ihre Kinder, besonders die schwächliche Else, in der qualvollsten Weise mißhandelten. Am 7. Januar d. J. wurde Else Guttsch in einem Zustande vollständiger körperlicher Verkommenheit in das Krankenhaus zu Kummelsburg eingeliefert. Die Zeugen bekundeten, daß die Kinder der Angeklagten von früh bis spät in der aufreizendsten Weise im Garten arbeiten mußten. Auf dem Gartengrundstück befand sich ein alter Eisenbahnwagen, der zum vorübergehenden Aufenthalt der Familie diente und zumeist als Brühlzelle benutzt wurde. Von dort her ertönte häufig sehr klägliches Jammergeschrei, wenn Frau Guttsch gegen ihr Töchterchen eine Exzitation ausführte. Wenn der Ehemann Guttsch des Abends aus dem Dienst kam, begannen die Mißhandlungen von neuem. Ein Stiefelknock, ein Seil oder ein Seidel dienten als Züchtigungswerkzeuge. Es wurden damit auch Schläge gegen den Kopf geführt. Eines Tages kam Else Guttsch mit einer Wunde am Kopf in die Schulkasse. Der Lehrer Krausch befragte das Kind nach dem Ursprung der Verletzung. Das Kind gab zur Antwort: „Mein Vater hat gesagt, ich habe mich gestoßen.“ Der Lehrer behauptete auch vor Gericht, daß das vernachlässigte Kind häufig mit eiternden Geschwüren befallen, zum Unterricht gekommen sei. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dieß, sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das Kind in diesem vernachlässigten Zustande in der Schule gelitten wurde. Als das Kind in das Krankenhaus eingeliefert wurde, war es, mit Lungenbelleiden und vor Schmutz starrend, an den Hüften und Schenkeln mit Quecksilber und eiternden Geschwüren bedeckt, am Kopf hatte es eine 4 Centimeter lange Wunde, die seiner Angabe nach von einem Schlag mit dem Stiefelknock herrührte. Frauen hatten das vernachlässigte Kind auch auf dem Hausflur zusammengeknien gefunden und es nach Benachrichtigung der Polizei nach dem Krankenhaus gebracht. Im Termine wurde festgestellt, daß das Kind zumeist nur nackte Kartoffeln und trockenes Brot als Nahrung erhalten hatte. Der Staatsanwalt wies nach Schluß der Beweisaufnahme darauf hin, daß die Angeklagten ihr leibliches Kind so behandelt hätten, wie man kann ein Tier zu behandeln pflege, er beantrage gegen das Ehepaar eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten. Der Gerichtshof erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf eine Gefängnisstrafe von je vier Monaten.

Ein neuer Staudalprozeß ist wieder in Sicht. In der Berliner „Montagszeitung“ vom 21. September d. J. war ein Artikel veröffentlicht, der sich gegen den bekannten Pastor Kröfel zu Mollin richtete. Derselbe wurde als ein mütterlicher antisemitischer Heber, als ein Mann, der sich große Unanständigkeit habe zu Schulden kommen lassen und als ein „Schweinepriester“ bezeichnet. Prediger Kröfel stellte Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft, wurde aber auf den Weg der Privatklage verwiesen. Er erhob diese gegen den früheren Redakteur der genannten Zeitung, Dr. Max Büttnerberg. Büttner sollte die Sache zur Verhandlung gelangen. Der Kläger wurde vom Rechtsanwalte Jungst vertreten, dem Angeklagten fanden die Rechtsanwälte Dr. Halpert und Joseph Cohn als Verteidiger zur Seite. Dr. Halpert erklärte nach Eröffnung der Verhandlung, daß er einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten wolle. Es solle unter Beweis gestellt werden, daß der Kläger in bester Weise in der Königer Sache gegen die Juden Partei genommen habe und im Lande unbergereicht sei, um durch Vorträge in Volkervereinigungen den Standpunkt zu vertreten, daß der Ritualmord bei den Juden gebührend sei. Schließlich habe das Konfessorium sowohl wie das Kultusministerium dem Kläger unterlag, die Schuldräume zu seinen Vorträgen zu benutzen. In betreff des Vorwurfs der „Unanständigkeit“ verweise er auf die Thatsache, daß der Kläger wegen eines eigenartigen Hausfriedensbruchs zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Prediger Kröfel hatte nach einer Kaiser-Geburtsfeier sein Logis aufgesucht, das ihm bei einem befreundeten Gutsbesitzer angeboten worden sei. Er sei dabei verlesenlich in das Zimmer der Wirtschaftlerin geraten und habe sich erst wieder entfernt, nachdem die im Werte liegende Bewohnerin ihn viermal in der energischsten Weise das aufgefördert habe. Wenn der Richter auch in den Erkenntnisgründen nicht angenommen habe, daß der damalige Angeklagte unstatliche Zwecke verfolgt habe, so müsse dessen Verhalten doch als „unständig“ bezeichnet werden. Zum dritten Punkt, betreffend den Ausdruck „Schweinepriester“ stellte Rechtsanwalt Cohn eine Menge Beweisanträge, wodurch dargethan werden sollte, daß Pastor Kröfel sich keineswegs eines moralischen Lebenswandels befleißige. Der Gerichtshof gab allen diesen Anträgen statt und verlegte den Termin.

## Versammlungen.

Verband der Tapezierer. In der Generalversammlung am 13. d. Mts. erstattete Wels den Bericht über die Thätigkeit im letzten Jahre. Größere Streiks und Differenzen sowie Ausperrungen haben nicht stattgefunden. Hervorzuheben sind der Arbeiterstreik, der Streik der Stickerinnen bei Pfaff, ferner die im Frühjahr stattgehabte Kündigung des Vergleichsvertrages und die Gründung des paritätischen Arbeitsnachweises. — Leo Schmidt gab folgenden Kassenbericht für das verfloßene Geschäftsjahr: Einnahme (einschließlich 2400,00 M. Bestand) 15 611,38 M., Ausgabe 13 116,34 M., bleibt Bestand 2495,04 M. Im verfloßenen Jahre wurden 6126,41 M. an die Hauptkasse eingekauft. Der Kassierer wurde entlastet. Nach einer kurzen Diskussion wurden in die Ordervorlage gewählt: 1. Vorsitzender Wels, 2. Vorsitzender Hirth, 1. Kassierer L. Schmidt, 2. Kassierer Münn, 1. Schriftführer Völke, 2. Schriftführer Petke, Revisoren: Lutz, Jenz, Dellers.

Die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter hielten am 13. Oktober ihre Generalversammlung ab. Den Kassenbericht vom 3. Quartal erstattete Zimpel. Danach war eine Einnahme von 7331,70 M., eine Ausgabe von 5055,70 M. und ein Ueberschuß von 2276,00 M. erzielt. Neu aufgenommen wurden 72 Mitglieder. Es wurden gewählt: Vöhl 2. Vorsitzender, Wieland 1. Schriftführer, Kupper 2. Schriftführer. In die Arbeitsnachweiskommission wurde Fuhr gewählt. Der Antrag des Vorstandes, die Extrabeiträge fallen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Hierauf beschloß die Versammlung auf Antrag des Vorstandes, die Unterstützung auf 18 M. zu erhöhen. Die Zahlstelle für Nord-Westen ist von der Weuffelstraße 79 nach der Gohlisdorferstraße 29 verlegt.

Der Verband deutscher Gaswirthe (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am 10. d. Mts. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Reorganisation des Vorstandes giebt Stechlinger bekannt, daß es sich, um eine regere Agitation einzufalten zu können, nötig gemacht habe, den Vorstand zu entlasten, und soll zu diesem Zweck eine Geschäftskommission gewählt werden, die namentlich die Arbeiten des sehr umfangreichen Arbeitsnachweises zu erledigen hat. Nach einer teilweise recht erregten Diskussion wurden folgende Kollegen neu bzw. wiedergewählt: Wurow, Krambach, Braun, Roth, Reitter, Kolmann, Herzberg, Knusch, Heilmann, Gebeler, Bornmann, Pöyner, Siebeck, Jablonksi, Heide, Erdmann, Schulz und Hügerl. Unter Ver-

schiedenheit erinnert Stechlinger an die im November stattfindenden Delegiertenwahlen zur Kreis-Krankenkasse der Gastwirthe, und bittet die Kollegen um eine recht rege Beteiligung.

Der „Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend“ nahm in seiner Generalversammlung am 19. Oktober den Bericht des Kassierers vom 3. Quartal entgegen. Danach ergab die Einnahme 8300,80 M., die Ausgabe 6545,34 M., der Ueberschuß beträgt 2755,46 M. Der Kassierer Weizner wurde entlastet. Den freiliebenden Kleingläsern überweist die Versammlung 450 M.

Der Schmargendorfer Wahlverein beschäftigte sich am 14. d. M. in zustimmendem Sinne mit den Verhandlungen des Parteitag. Mehrere Redner bekämpften jedoch die zum erstenmale auf einem Parteitage vorgebrachten Einwendungen gegen die Ratzeier. Als Delegierte für die Kreis-Generalversammlung wurden die Genossen Guibier und G. Stein gewählt, die beauftragt wurden, auf der Generalversammlung für Beitragserhöhung um 5 Pf. einzutreten.

Adlershof. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins fand am 16. d. M. bei Fiedner statt. Der Bericht des Vorstandes zeigte unter andern, daß die Vereinsmitglieder von durchschnittlich 50 Mitgliedern besucht waren. Der Bericht des Kassierers ergab eine Einnahme von 642,77 M. und eine Ausgabe von 357,51 M. Die Mitgliederzahl beträgt 160. In der Bibliothek sind 181 Bände und 73 mal wurde dieselbe benutzt. Der Lokalkommission ist es gelungen vier Lokale frei zu machen, eins in Adlershof und drei außerhalb. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Vöhlke, 2. Vorsitzender Stenning, Schriftführer Stroop, 1. Kassierer Vöhlke, 2. Kassierer Kretschmer, Beisitzer Gehardt, Revisoren Neumann, Höfermann und Tempel. Bibliothekare Neffe und Gerlach. Lokalkommission V. Schulz, Reichert und Dand. Hilfskassierer Pötschmann, Dürre, Köppen, Smolni, Wilde und Behrend. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach sämtliche Mitglieder, welche ein Vorstandsamt bekleiden, getoetlich organisiert sein müssen. Als Delegierte zur Generalversammlung des Centralwahlvereins wurden Kasper und Krudt gewählt.

Niedorf. Am 15. Oktober hielt der sozialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder Vöhlke, Rowand, Fride und Ahlers in der üblichen Weise. Den Bericht des Vorstandes erstattete Vöhlke. Er bemerkte unter andern, daß der Besuch der Versammlungen durchweg, besonders in letzter Zeit, ein guter war. Strafmandate waren 2 zu verzeichnen, wovon 1 vom alten Vorstand übernommen und 1 nach dagegen eingelegter Berufung mit Freispruch erledigt wurde. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des vorigen Jahres 1125, gegenwärtig zählt der Verein 1382 Mitglieder. Der Kassenbericht, den Stiller gab, war folgender: Einnahme (einschließlich 161,20 M. für Voss, 270,45 M. auf Sammelkassen, Lokalkassen 2530,72 M.), 4782,11 M.; Ausgabe: am Ort 639,23 M., an den Centralvorstand abgeliefert 3322,06 M., Bestand am Ort 816,82 M. Ueber die Parteipublikation berichtet Ostermann. Die Abonnentenzahl beträgt gegenwärtig 2468, die Einnahme betrug 8568,48 M., die Ausgabe 8167,38 M., so daß ein Reingewinn von 401,10 M. für das dritte Quartal 1902 zu verzeichnen ist. Den Bericht der Bibliothek gab Wurde. Es sind circa 200 neue Bücher angeschafft worden, so daß auch hier dem Lesedürfnis in weitgehendstem Maße Rechnung getragen ist. Hierauf erfolgten die Neuwahlen des Vorstandes, die nachstehendes Ergebnis hatten: Erster Vorsitzender Vöhlke, zweiter Vorsitzender Stenning, Schriftführer Hoffmann, Kassierer Stieber, Beisitzer Hübner, Revisoren Henschke, Kurkowski und Mohr, Bibliothekar Wurde. In die Lokalkommission wurden Müller, Meißner und Vogel delegiert. Als Delegierte zur Generalversammlung wurden Vöhlke, Ostermann und Mohr gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Bergarbeiter-Ausstand in der französischen Kammer. Paris, 21. Oktober. (W. T. V.) Laizés verlangt, daß reguläres Militär überhaupt nicht an Orte geschickt wird, wo Ausstände ausgebrochen sind, und daß eine besondere Truppe gebildet wird, welche der Freiheit der Arbeit Achtung verschaffen soll. Die Ausstände bilden eine Gefahr für die Industrie Frankreichs, welche alsbald von der ausländischen Industrie verdrängt werde. Während die Sozialisten die internationale Solidarität rühmten, hätten die englischen Grubenarbeiter den Vorteil von den Ausständen, die in Frankreich erklärt würden. Redner protestiert gegen die Einmischung von Ausländern in die Ausstände in Frankreich und tadelt Jaurès, weil er gesagt habe, daß der Dreißigund das erforderliche Gegengewicht gegen den französischen Chauvinismus bilde. Das ist, sagt, den Ausstand hätten lediglich die Gesellschaften hervorgerufen, die niemals die Freiheit der Arbeiterverbände anerkannt, die Löhne gekürzt und Verhandlungen abgelehnt hätten. Die Regierung müsse den Arbeitern Gerechtigkeit verschaffen.

Das ist weist darauf hin, daß die größeren Vorteile bei dem Ausstände die Gesellschaften hätten, denn die Kohlenpreise gingen in die Höhe. Eine solche Situation dürfe die Regierung nicht zulassen. Der Staat habe das Recht, die Kohlengruben selber zu übernehmen, wenn die Gesellschaften nicht ihrer Verpflichtung gemäß den Betrieb aufrecht erhielten. Uebrigens seien bei den Minen in den Departements Nord und Pas de Calais die Galerien nicht nach Vorschrift errichtet. (Beifall links.) Nachdem noch Fallot über ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen Klage geführt und Sella demgegenüber für die Ausständigen Bewilligung einer Unterstützung von 2 Millionen Franc beantragt hat, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag.

Diedenhofen, 21. Oktober. (W. T. V.) Bei einem Streite italienischer Arbeiter in Mülhingen wurde den „Lothringer Nachrichten“ zufolge ein Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt. Drei Arbeiter wurden verhaftet.

Wien, 21. Oktober. (W. T. V.) Abgeordnetenhaus. (Schluß) Nach Begründung der Dringlichkeit des Antrages Grub, betreffend die Sprachverhältnisse bei den Behörden Schlesiens, durch den Antragsteller, jetzt Ministerpräsident v. Koerber die sprachlichen Verhältnisse bei den Justizbehörden Schlesiens auseinander, wobei er betont, daß die Justizverwaltung in Erkenntnis der Wichtigkeit der Berücksichtigung der sprachlichen Bedürfnisse der Parteien insbesondere auf die sprachliche Qualifikation der Beamten ihr Augenmerk richten. Die Behauptung des Antragstellers, daß gerade unter der gegenwärtigen Regierung in slavischen Gegenden der Sprache der Bevölkerung unzulängliche Beamte angestellt worden seien, vermag der Ministerpräsident mit vollem Rechte als nicht richtig zu bezeichnen. (Beifall und Widerspruch.) Die Regierung lasse schon im Interesse der Justizfrage diese Frage durchaus nicht aus dem Auge und werde ihrerseits dem Bedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen bemüht sein.

Wien, 21. Oktober. (W. T. V.) Einer ausgegebenen Mitteilung zufolge beschlossen die Vertreter der ezechischen Oppositionsparteien im Reichsrat, nämlich die national-freikämmerliche Partei, die ezechische Agrarpartei und die national-sozialistische Partei, für den Fall der Auflösung des Abgeordnetenhauses um Ausschreibung von Neuwahlen auf Grund eines gegenwärtigen Standes und Anzahl der Abgeordneten der einzelnen ezechischen Parteien eine gemeinsame Kandidatliste aufzustellen und bei den Wahlen gegenwärtige solidarische Unterstützung zu üben.

Calais, 21. Oktober. (W. T. V.) Die Kohlenarbeiter haben hier ebenso wie in Dänkirchen die Arbeit eingestellt. Die Kohlenübernahme der Postdamper ist gestoppt.

London, 21. Oktober. Das „Asterische Bureau“ meldet aus Caracas vom 20. d. Mts.: Der Kapitän des Dampfers „Valeria“ der Hamburg-Amerika-Linie, sowie der erste Ingenieur und drei Matrosen sind ertrunken.

Reichstag.

109. Sitzung, Dienstag, den 21. Oktober 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Podbielski.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird bei den Minimal- und Maximalhöhen für Roggen und Weizen fortgesetzt.

Abg. Dr. Köstler-Kaiserslautern (V. d. L.)

(bei der großen im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne fast ganz unverständlich) verteidigt nochmals die Wangenheimer Anträge. Unsere Forderungen sind nicht unbedeutend, wir sind der Ueberzeugung, daß auf anderem Wege ein wirksamer Schutz für die Landwirtschaft nicht zu erreichen ist. Theoretisch sind ja die meisten Konservativen derselben Meinung wie der Bund der Landwirte; wenn diese Konservativen sich trotzdem von dem 7,50 Mark-Zoll auf die Kommissionsbeschlüsse zurückziehen, so gleichen sie einem Arzte, der die Diagnose auf Schwindsucht stellt und dann adjuvierend erklärt, er könne das einzig wirksame Heilmittel nicht anwenden. Der Reichskanzler meinte, bei einem Zoll von 7,50 M. würden keine Handelsverträge mehr abzuschließen sein. Wichtiger aber als der Abschluß von Handelsverträgen ist die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft. Die Regierungsvorlage berücksichtigt nur einseitig die Interessen der Industrie. Das ist keine Wahrnehmung des Allgemeinwohlens, wie sie Graf Bülow immer proklamiert. Die Regierung hat diesen Zolltarif nicht der Landwirtschaft zu Liebe gemacht, sondern lediglich um die Finanzen der Reichskasse zu bessern. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man sagt, unsere Forderung ist zwar berechtigt, aber nicht durchführbar, so weise ich darauf hin, daß die Kommissionsbeschlüsse ebenso wenig auf Annahme zu rechnen haben. (Sehr wahr! rechts.) Wir halten es für unsere Pflicht, das, was wir draußen als unsere erste Meinung proklamiert haben, auch hier zu vertreten, von einer Demonstration unsererseits kann keine Rede sein. Eine Demonstration ist es aber, wenn der Herr Kollege Herold und die anderen Herren draußen im Lande unsere Forderungen für durchaus berechtigt erklären, hier aber bei den ersten auftauchenden Widerstand zurückweichen. — Graf Schwerin meinte, man müsse in dem Zolltarif auch auf Nichternte Rücksicht nehmen. Der Zolltarif soll aber auf Jahre hinaus gelten, da können wir nicht Ausnahmefälle berücksichtigen. Für diese werden die Maßnahmen im gegebenen Moment zu treffen sein. Auch von Rücksichten der Loyalität können wir uns bei einer so eminent wichtigen Materie unmöglich leiten lassen, sondern lediglich von unserer wohlverstandenen Ueberzeugung. — Die Weinbauern werden am meisten durch den Getreidezoll geschädigt, weil sie vor allem Getreide bauen. Der Getreidepreis ist in den letzten Jahren so rapid gestiegen, daß nur ein starker Zollschutz einen weiteren Anstieg verhindern kann. (Sehr richtig! rechts.)

(Der Reichskanzler betritt den Saal.)

Abg. Bindewald (Antij.)

erklärt sich für seine Person für den blindlingsen Antrag auf Einführung eines Minimalzolls von 7,50 Mark. Auf diesem Standpunkt stehe die gesamte deutsche Bauernschaft. Die Erhöhung der Getreidezölle werde an der Gestaltung der Brotpreise absolut nichts ändern. Sollte der 7,50 Mark-Zoll abgelehnt werden, so seien die von der Kommission beschlossenen Zölle das Alleräußerste, was die Landwirtschaft zur Erhaltung ihrer Existenz fordern müsse. Eine Exportindustrie, die nur auf Kosten der Landwirtschaft sich über Wasser halten könne, sei wertlos, daß sie zu Grunde gehe. Bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik werde die deutsche Landwirtschaft im Stande sein, den gesamten Inlandsbedarf an Brotfrucht zu erzeugen. Das höchste Ziel jeder Politik müsse die Erhaltung desjenigen Standes sein, der ein Volk groß gemacht habe. (Bravo! rechts.) Daß die Nationalliberalen umfallen würden zu Gunsten der Regierungsvorläge, hat man vorher gewußt. Ich hoffe aber, daß wenigstens Abgeordnete wie Herr v. Heyl und Graf Ortolan ihrer früheren Haltung konsequent bleiben würden. Nur vor einer konsequenten Haltung kann man Achtung haben. Bei der gestrigen Rede des Dr. Sattler aber ist mir das Nichterwort eingefallen:

„Die sich die armen Thoren plagen,  
Für sich nicht, nein: fürs Vaterland,  
Werduldig alle Lasten tragen  
Für Amt und Würden, Stern und Band!“

(Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Jedoch, das trifft auf Sie zu, meine Herren! Bismarck können wir heute gebrauchen, aber keine Sattler! Selbst wenn die Getreidezollerhöhung eine Vertreibung des Brotes mit sich bringen sollte, so müßte diese aus Patriotismus ertragen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich über die Bundesgenossenschaft, die uns Antisemiten vom Bunde der Landwirte in den Zollfragen geleistet wird. Ueber den Standpunkt der Hunderttausende von Bauern kann man nicht ohne weiteres hinweggehen. Ich persönlich würde, falls durch die Zölle der städtischen Bevölkerung das Brot verteuert würde, darunter ebenso zu leiden haben, wie jeder andere. Aber mich leiten keine persönlichen Interessen; ich bin Minister, ich bin Kaiser! (Heiterkeit.) Ich handle nur gemäß meiner Ueberzeugung. Der Regierungsentwurf ist für mich vollkommen unannehmbar; dafür könnte ich unter keinen Umständen stimmen. Die Kommissionsbeschlüsse sind in jeder Weise unzureichend und lächerlich. Das allererhöchste, wozu man sich entschließen könnte, sind die Kommissionsvorläge in Verbindung mit den Minimalzöllen für Vieh. Ich werde für die Zollsätze des Bundes der Landwirte stimmen. (Bravo! bei den Linken.)

Abg. Nisler (L.):

Draußen im Lande sieht man den heftigen Verhandlungen mit großer Spannung entgegen. Die Regierung hat es leider nur bei freundlichen Worten für die Landwirtschaft belassen. Er hat zugegeben, daß die Landwirtschaft sich seit Jahren in einer Krise befindet, aber seine Thesen entsprechen nicht seinen Worten. Die Sätze der Regierungsvorlage bedeuten absolut keinen ausreichenden Schutz für die Landwirtschaft. Die Getreidepreise sind heute besonders niedrig. Als sie doppelt so hoch waren, ist es niemand eingeleitet, von Brotwucher zu sprechen. Der Bauer verlangt, wenn er produktive Arbeit leisten soll, auch entsprechenden Verdienst. Die Interessen der deutschen Bauern sollen hier wieder zu Gunsten der Industrie preisgegeben werden. (Sehr richtig! rechts.) Die deutsche Landwirtschaft ist früher der Kern des deutschen Volkes gewesen, das dürfen Sie nicht vergessen. Freiherr von Mielde hat lediglich die Interessen der Großbauern vertreten, als er für eine niedrigen Getreidezoll plaidierte. Ich werde zunächst für den Antrag beim auf gleichmäßigen Schutz für alle Getreidearten eintreten, sollte dieser abgelehnt werden, so werde ich kein Bedenken tragen für die Kommissionsbeschlüsse zu stimmen. (Bravo! im Centrum.) Ich bedaure, daß die Nationalliberalen in Eisenach einen Beschluß gefaßt haben, der so wenig im Interesse der Landwirtschaft liegt. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Vor 10 Jahren gollten die Bauern als der geduldetste Stand, auf die Dauer werden sie sich aber nicht mit solchen Reden abweisen lassen. Ich schließe mit der Mahnung an den Herrn Reichskanzler, er möge endlich seinen Worten auch Taten folgen lassen. Einem patriotischen Manne mußte sich das Herz zusammen krampfen, wenn man sah, wie er bei seinen letzten Ausführungen weit mehr Beifall auf der linken Seite des Hauses fand. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hahn (V. d. L.)

(mit großer Unruhe empfangen): Graf Bülow suchte die Vorgehensweise dieses Zolltarifs gut charakterisierend als einen Ausfluß

der Politik der Sammlung. Diese Politik ist aber früher immer so aufgefaßt worden, daß zunächst die Sicherung des inländischen Marktes und dann erst die Förderung des ausländischen Abzuges zu berücksichtigen ist. Der gegenwärtige Tarif trägt dieser Auffassung keine Rechnung. Er gewährt der Landwirtschaft keinen genügenden Schutz. Graf Bülow meint, bei höheren Getreidezöllen, als sie die Regierungsvorlage enthält, seien keine Handelsverträge möglich. Die anderen Staaten haben aber weit mehr Interesse am Abschluß von Handelsverträgen als Deutschland. Graf Bülow's Aufgabe ist es, die wirtschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands in den Verhandlungen mit dem Auslande zum Besten zu bringen. Wenn wir die industriellen Sätze dieses Tarifs annehmen sollen, so brauchen wir einen Zollsatz von 7,50 Mark für alle vier Getreidearten. Will man den 7,50 Mark-Zoll uns nicht gewähren, so wird man uns gegenüber auch die hohen industriellen Zollsätze nicht vertreten können. (Sehr richtig! rechts.) Für den Fall, daß der Reichskanzler glaubt, nach Lage unserer handelspolitischen Beziehungen einen Zoll von 7,50 oder 6 oder 5,50 Mark nicht vertreten zu können, so möchte ich ihn bitten, alsbald eine vollständige Umarbeitung des ganzen Zolltarifs vorzunehmen und dem Reichstag vorzulegen. Zollsätze unter 7,50 Mark, etwa auf dem Niveau der Kompromißanträge, haben nur Aussicht auf Annahme, wenn die industriellen Zollsätze ganz erheblich herabgesetzt werden. Die Industriellen haben alle Veranlassung, sich bei den verbündeten Regierungen zu bekümmern; alle ihre Wünsche sind erfüllt worden. Falls uns die landwirtschaftlichen Zölle in der notwendigen Höhe nicht bewilligt werden, so muß die Regierung damit rechnen, daß wir den industriellen Teil des Tarifs wesentlich umgestalten. Ich weiß nicht, woher der Widerstand der verbündeten Regierungen kommt, nachdem uns so und so oft das größte Wohlwollen der Regierungen ausgesprochen ist. Aber auf jeden Fall hat Graf Bülow in den Beschlüssen fast aller bedeutender einzelstaatlicher Parlamente auf Erhöhung der landwirtschaftlichen Zollsätze eine außerordentliche Stütze gegenüber diesem Widerstand, dessen Ursprung ich nicht kenne. Wir dürfen von der Loyalität der Regierung erwarten, daß sie die Handelsverträge löst. Selbst wenn nichts Neues zu Stande käme, so würde das für die Landwirtschaft immer noch günstiger sein als das Zustandekommen eines Zolltarifs ohne genügende landwirtschaftliche Minimalzölle. Ich würde erfreut sein, wenn diese Ausführungen auf den Reichskanzler nicht ohne Einwirkung geblieben sein würden. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Herold (C.)

polemisiert gegen die Abgg. v. Wangenheim und Dr. Köstler. Würde der Bund der Landwirte seine angeblich wissenschaftliche Begründung des 7,50 Mark-Zolls konsequent durchzuführen, so müßte er zu einem Weizen Zoll von 9 Mark kommen müssen. (Hört! hört! im Centrum.) Also nur um gleiche Zölle für Roggen und Weizen zu erreichen, eskamotiert er einfach 1,50 Mark für Weizen weg. (Heiterkeit.) Das sind die großen Freunde der Landwirtschaft. (Hört! hört! im Centrum.) Unruhe rechts.) Ich habe niemals einen ganz bestimmten Zollsatz vor den Kommissionsberatungen in der Öffentlichkeit vorgebracht. Ich habe nur theoretische Berechnungen angefertigt und gesagt: wenn ich so rechne... wenn ich so rechne... wenn ich so rechne... (Große Heiterkeit links.)

Herr Köstler sagte, noch lange Jahre wird nur der 7,50 Mark-Zoll gekämpft werden, er selbst aber glaubt nicht, daß die Forderung so bald durchführbar ist. Wenn er das aber glaubt, muß er für die Kommissionsbeschlüsse eintreten. Die Centrumspolitik liegt klar zu Tage (große Heiterkeit links), wir haben das Mögliche für die Landwirtschaft zu erreichen. Das Centrum hat schon so viele Anfechtungen erfahren, aber immer ist es der unerschütterliche Kern geblieben. Auch Neuwahlen würden unsere Stellung nicht erschüttern. Daß gerade Herr Sattler eine Auflösung des Reichstags verlangte, ist mir sehr erklärlich, denn keine Partei hat sich so politischen zwei Stühle gefetzt, wie die Nationalliberalen. (Sehr richtig! im Centrum.) Eine Auflösung würde nicht zum Segen des Landes gereichen, es würden sich dann in allen Parteien heftige Parteikämpfe abspielen, und das könnte nur zum Schaden für das Allgemeinwohl ausfallen. In Eisenach haben die Nationalliberalen erklärt, daß sie jetzt mehr Gewicht auf den liberalen Teil ihres Programms legen wollten. Gleichzeitig aber sucht Dr. Sattler aus „nationalen“ Gründen die Regierung für eine Auflösung des Reichstags zu gewinnen. Das ist nun gerade nicht sehr liberal. Aber Gewohnheitsfehler lassen sich eben schwer ablegen. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen, lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Schwerin-Römhild (L. bei der großen im Saale herrschenden Unruhe fast unverständlich) tritt nochmals für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Dr. Köstler-Kaiserslautern (V. d. L.) polemisiert gegen den Abg. Herold. Er habe lebhaft bedauert, daß er dem Abg. Herold zu solcher Anregung Anlaß gegeben habe. Aber diese Erregung zeuge nicht für die Wichtigkeit der Anschauungen des Abg. Herold. (Lachen im Centrum.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der erste Redner, der heute das Wort ergriffen hat, hat mit vorgelesen, daß ich die Industrie zu Ungunsten und zum Schaden der Landwirtschaft bevorzugen wolle. Ich habe schon neulich hervorgerufen, daß die verbündeten Regierungen nicht anerkennen können, daß die industriellen Zölle des Tarifs im Vergleich zu den agrarischen Zöllen durchweg zu hoch gegriffen seien. Gegenüber den Anschauungen namentlich des Abg. Dr. Hahn möchte ich auf zwei Zahlen hinweisen. Die im Abschnitt I des Entwurfs enthaltenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind autonom im ganzen mit 17,2 Proz. ihres Einjahreswertes durch Zölle geschützt, dagegen sind die industriellen Erzeugnisse der Abschnitte II—XIX des Entwurfs nur mit 5,9 Proz. ihres Einjahreswertes autonom geschützt. Es würde also autonom einen Zollschutz von 17,2 Proz. für die Landwirtschaft ein solcher von 5,9 Proz. für die Industrie gegenüberstehen. Gegenüber diesen so hohen und unabweisbaren Zahlen kann man doch nicht im Ernst behaupten, wir wollten mit unserem Tarif die Landwirtschaft der Industrie opfern.

Kann hat Abg. Dr. Hahn weiter in etwas mysteriöser Weise angedeutet, daß eine Erhöhung der Mindestsätze Schwierigkeiten, Widerstand finden würde an gewissen Stellen. Abg. Herr v. Wangenheim war vor einigen Tagen in dieser Beziehung deutlicher geworden. Herr v. Wangenheim meinte, die Industrie habe sich gegen die Landwirtschaft gewendet, nachdem der Wind von oben etwas anders wehte. Gegenüber dieser Anspielung muß ich feststellen, daß man sich von oben in die Aufstellung, die Ausarbeitung und in die parlamentarische Behandlung des Tarifentwurfs in keiner Weise eingemischt hat. Das föderative Zusammenwirken der Bundesregierungen in der Tariffrage ist von oben in keiner Weise beeinflusst oder gehemmt worden. Alle Bundesfürsten ohne jede Ausnahme sind vollständig damit einverstanden, daß der Landwirtschaft jeder mögliche Schutz gewährt werden solle, der sich mit dem Zustandekommen von Handelsverträgen vereinbaren läßt.

Die Annahme, daß die Landwirtschaft kraft höherer Willkür von oben herab Vergünstigungen berechnen würde, ist ihr zu teil werden könnten, wenn von oben ein anderer Wind wehte, entspricht nicht den Tatsachen.

Im Zusammenhang damit möchte ich noch eingehen auf eine andre Aeußerung, die Herr v. Wangenheim neulich gemacht hat. Er hat gesagt, daß die verbündeten Regierungen mit ihrem Tarif den Akt ablagen, auf welchem die Monarchie säße. Ich kann nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Sache der Landwirtschaft durch solche Aeußerungen geschädigt wird. (Ob! rechts.), welche meines Erachtens auch eine

mehr oder weniger hitzige Debatte nicht rechtfertigt. In der Stellung der verbündeten Regierungen wird durch solche Angriffe nichts geändert. Ich erkenne vollkommen an, daß die Landwirtschaft aus den sozialpolitischen Gründen, die gestern am Schluß seiner Rede der Herr Abgeordnete beim in so berechneten Worten ausführte, Anspruch auf eine besondere Rücksichtnahme hat. Der praktische Ausdruck dieser Ueberzeugung und dieser Rücksichtnahme ist der Ihnen von den verbündeten Regierungen vorgelegte Tarif-Entwurf, der, wie ich wiederholt ausgeführt habe, eine wesentliche Erhöhung der Zölle auf Weizen und Roggen enthält. Aber alle andern Erhöhungen halten gegenüber der Rücksichtnahme auf die Landwirtschaft nicht zu schweigen, das würde nach Annahme aller verbündeten Regierungen nicht förderlich sein für die Entwicklung Deutschlands.

Nun sprach Herr v. Wangenheim von dem Leichtem Konversationston meiner neulichen Rede und deduzierte daraus, daß es mir bei der Vertretung der Interessen der Landwirtschaft an dem nötigen Ernst fehle. Nachdem ich neulich gesprochen hatte, las ich am nächsten Tage in einer Reihe von Zeitungen, ich hätte zu nichtern und zu langweilig gesprochen. (Heiterkeit.) Der Berliner Mitarbeiter einer großen mitteldeutschen Zeitung, welche sich bisweilen mit mir beschäftigt, schrieb sogar, meine neulichen Ausführungen hätten einen pastoralen Ton gehabt. (Große Heiterkeit.) So gehen die Ansichten der Menschen auseinander und so blind urteilt der Parteigeist. In Wahrheit habe ich in ganz unzweideutigen Worten und sehr ernst dem dringenden Wunsch der verbündeten Regierungen Ausdruck gegeben, daß mit Hilfe der Freunde der Landwirtschaft etwas Greifbares für die Landwirtschaft erreicht werden möge. — Der Herr Abg. Dr. Hahn hat mich soeben erinnert an meine Zusage für die Landwirtschaft. Daran kann ich mich ruhig erinnern lassen. Ich bin seit zwei Jahren nach besten Kräften bestrebt, das Beste für die Landwirtschaft zu thun. Ich bin mit meinen Bemühungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen, mehr kann man wohl fordern, aber nicht durchsetzen; was man aber kann, ist das Erreichbare gefährden, und ich glaube, dazu ist man auf dem besten Wege. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Ob ich für meine Bemühungen für die Landwirtschaft an dieser oder jener Stelle Dank ernte oder Lob, darauf kommt es mir nicht an. Eins aber möchte ich doch dem Herrn Abg. Herold sagen, der soeben die Landwirtschaft vertritt hat mit einem Beschluß auf die Zukunft, indem er ihre einen Regierungswechsel in Aussicht stellte: Es wird lange dauern, bis wieder ein Reichskanzler für die Landwirtschaft das thut, was ich mit dem Einbringen dieser Tarifvorlage mich bestrebt habe zu thun. (Beifälliges Hört! hört! Große Bewegung. Aufre links: Sehr richtig!) Es ist in mehreren Reden, auch vom Abg. Herold, angedeutet worden, daß die verbündeten Regierungen schon allerlei Vorverhandlungen gepflogen haben dürften, d. h. daß sie sich bereits gebunden hätten. Demgegenüber kann ich nur erklären, daß solche Zusagen an das Ausland in keiner Weise gegeben worden sind, (Lebhaftes Hört! hört!) auch nicht gegeben werden konnten bei dem gegenwärtigen Stand der Tarifverhandlungen. Ich habe mich durchaus in meinen mündlichen Unterredungen mit den leitenden Ministern unserer Nachbarstaaten lediglich darauf beschränkt zu sagen, ich hoffe, der deutsche Reichstag werde alles daran setzen bei den Verhandlungen über den ihm von den verbündeten Regierungen vorgelegten Tarifentwurf, um einen gangbaren Weg und eine brauchbare Grundlage zu erhalten für Handelsverträge. Die ablehnende Stellung, welche wir einnehmen gegenüber den Anträgen auf Erhöhung oder Erweiterung der Minimalzölle geht also nicht hervor aus irgend welchen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande, sondern nur aus unserer genauen Erkenntnis der im Auslande herrschenden Disposition und der Notwendigkeit, den Schutz für die Landwirtschaft im Einklang zu bringen mit den Lebensbedingungen von Industrie und Handel und der Rücksichtnahme auf die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse. Der Abg. Hahnmann meinte gestern, die Tarifaktion der Regierung sei eine verheerliche. Das könnte doch als begründet nur dann gelten, wenn entweder der Tarif in materieller Beziehung nicht das Richtige trüge oder wenn das tatsächliche Vorgehen der Regierung ein mangelhaft gewesen sei. Der erste Einwand ist schon deswegen hinfällig, weil sowohl von rechts wie links Angriffe gegen den Tarif erhoben worden sind, die sich gegenseitig aufheben. Auf der einen Seite heißt es, daß wir den Agrariern nicht genug geben, auf der andern Seite, er würde die Monumenten zu sehr belasten. Aus diesen Wirkungen von rechts und links entnehmen wir, daß der Tarifentwurf der Regierung in lobenswerter Weise besteht, die Interessen gegenüber auszugleichen. (Heiterkeit bei den Soc.) Ebenso steht es mit den Vorwürfen über das tatsächliche Vorgehen. Was habe ich in dieser Beziehung nicht alles gelesen. Die Regierung lavierte, sie wolle sich durchwinden, dann aber trete sie zu schroff auf, sie werde sich intransigent, sie trage Kaiser-Allüren zur Schau, dann sie sage zu viel oder zu wenig. Gelegentlich habe ich alle diese Aeußerungen in demselben Maaße gelesen. (Heiterkeit.) In Wahrheit haben die verbündeten Regierungen vom ersten Tage der Einbringung der Vorlage an in ganz klarer und unzweideutiger Weise erklärt, bis zu welcher Grenze sie mit den Minimalzöllen gehen könnten. Das ist in klarer und unzweideutiger Weise erklärt worden von mir und meinem Stellvertreter, selbstverständlich in Uebereinstimmung mit mir, und auch von den Bundesbevollmächtigten der übrigen Bundesstaaten, die ich zu meiner großen Genugthuung hier sehe. Ich möchte doch auch gegenüber dem, was der Abg. Herold erklärt hat, daran erinnern, daß ich seit zwei Jahren keinem Mitgliede der Mehrheitsparteien, das mir die Ehre erwiesenen hat, mit mir über die Tariffrage unter vier Augen zu sprechen, etwas andres gesagt habe, als daß eine Erhöhung und Erweiterung der Mindestsätze nicht möglich sei. Wenn deshalb der Abg. Dr. Sattler gestern gesagt hat, alle diese Erklärungen seien fruchtlos geblieben, so liegt das nicht am Säämann, sondern am Boden. Es ist mir weiter gesagt worden, ich sei wieder kalt noch warm, ich besäße eine Politik der mittleren Linie. So spricht man, wenn man nicht die Verantwortung für das Ganze trägt, sondern nur die Durchführung des Parteiprogramms im Auge hat. Gevoll wäre es für die verbündeten Regierungen leichter gewesen, den Tarifentwurf zuzuschneiden, entweder nach den Wünschen der Rechten, oder den Wünschen der Linken. Wenn wir die Getreidezölle beseitigt hätten, so hätten wir den Velfall der Linken gefunden, hätten wir sie erhöht, den der Rechten. Der parlamentarische Kampf wäre ja dadurch für uns erledigt worden, aber dem Interesse des Landes wäre damit nicht gedient, und es wäre sehr fraglich, ob ein solcher Tarifentwurf auf der einen oder andern Basis leichter durchgesetzt werden könnte wie der gegenwärtige. Der Abg. v. Kardorff hat mir neulich einen schwerwiegenden Vorwurf gemacht. Er hat gemeint, ich hätte das Parlament in der allgemeinen Wägung herunter, wenn ich es so behandelte, daß ich sagte: „Frisch Vogel oder stirb!“ Ich möchte den Herrn Abg. Kardorff bitten, mir einen einzigen Fall zu nennen, wo ich es diesem hohen Hause gegenüber an der gefährlichen Rücksichtnahme habe fehlen lassen, sei es in sachlicher oder formeller Beziehung. Ich möchte Herrn v. Kardorff darauf aufmerksam machen, daß wo die verbündeten Regierungen in der Tariffrage den Wünschen der Mehrheitsparteien soweit entgegengekommen sind, wo sie seit zwei Jahren sich so unendliche Mühe gegeben haben, den Wünschen der Mehrheitsparteien gesetzgeberrischen Ausdruck zu geben, sie auch erwarten dürften, daß sie von diesen Parteien geschlossen unterstützt werden dürften im Kampfe gegen die festgeschlossene Phalanx derjenigen, die überhaupt keine Erhöhung der Getreidezölle wünschen. Ich auf einen andern Gesichtspunkt möchte ich hinweisen. Die verbündeten Regierungen sind weit davon entfernt, die Mehrheit dieses hohen Hauses in der Vertretung ihrer Auffassung beizubehalten

zu wollen. Die Mehrheit dieses hohen Hauses darf aber auch nicht vergessen, daß es einen wesentlichen Unterschied ausmacht, ob es sich handelt um einen Akt der Gesetzgebung, der seine Rückwirkung nur ausübt auf die inneren Verhältnisse, oder ob es sich handelt um Maßnahmen, die ihren Schwerpunkt auf internationalen Gebiet haben. Wo es sich um die Rückwirkung auf das Ausland handelt, müssen die verbündeten Regierungen ein größeres Maß von Autorität für sich in Anspruch nehmen: sie wissen ganz genau, welche Rückwirkungen diese oder jene Maßnahme haben wird auch für unsere Beziehungen zum Ausland. Es war mir sehr schmeichelhaft, daß Herr Dr. Hahn eine so freundliche Meinung von meinen diplomatischen Fähigkeiten hatte; (Heiterkeit) er hat aber vergessen zu sagen, ob diese meine diplomatischen Fähigkeiten nur ausreichen würden, um etwa den Zoll von 6 M. durchzusetzen oder vielleicht auch 7,50 M., womöglich einen noch höheren Zoll. Ich kann Ihnen in allem Ernste versichern, daß ich weder in diesem hohen Hause noch außerhalb desselben irgend jemand kenne, dem ich zutrauen würde, mit erhöhten oder erweiterten Mindestzöllen als diejenigen sind, die wir vorgeschlagen haben, gute Handelsverträge zu stande zu bringen. (Hört! hört! links.) Ich weiß sehr wohl, daß dies Argument keinen Eindruck machen wird auf die Gegner jeglicher Handelsverträge. Diejenigen aber, die der Ansicht sind, daß wir festhalten müssen an dem System der Handelsverträge, und ich glaube noch immer, daß eine Mehrheit in diesem hohen Hause der Ansicht ist, daß wir Handelsverträge haben wollen, — ich betone nochmals, daß die verbündeten Regierungen fest entschlossen sind, auf für uns annehmbarer Basis zu neuen Handelsverträgen zu gelangen — die sollte doch das von mir eben bezeichnete Ziel nicht aus dem Auge verlieren und die Gesichtspunkte nicht vernachlässigen, auf welche ich eben hingedeutet habe. Im Namen der verbündeten Regierungen habe ich nochmals zu erklären, daß die Anträge Frhr. v. Wangenheim, Heim, Albrecht, ebenso wie die Anträge der Kommission in Bezug auf die Mindestzölle in jedem Stadium der Verhandlungen für die verbündeten Regierungen unannehmbar sind. (Bewegung und andauernde Unruhe.)

Präs. Graf Ballestrem: Das Wort wird nicht weiter verlangt — wir kommen zur Abstimmung. Ich schlage Ihnen vor, über die Positionen Roggen und Weizen getrennt abzustimmen und zwar in folgender Reihenfolge: Zunächst werden die Positionen des Tarifgesetzes zur Abstimmung kommen und zwar zunächst der Antrag v. Wangenheim. Die Abstimmung darüber wird eine namentliche sein gemäß einem genügend unterfertigten Antrage Dr. Pachnide. Im Falle der Ablehnung des Antrages v. Wangenheim werden wir abstimmen über den Antrag Dr. Heim und dann eventuell über die Kommissionsbeschlüsse. Auch diese Abstimmung wird auf Antrag Singer eine namentliche sein. Sollte auch die Kommissionsfassung abgelehnt werden, so wird über die Vorlage der Regierung ebenfalls namentlich abgestimmt werden.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Bei den Sätzen des Posttarifs würde zunächst über den Antrag Albrecht, dann über die Kommissionsfassung und dann über die Fassung der Regierung abgestimmt werden.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Ich möchte mich wenden gegen die Vorschläge in Bezug auf die Reihenfolge der Abstimmungen über die Anträge zum Tarif selbst. Ich bin der Ansicht, daß es dem parlamentarischen Brauche entspricht, die höchste Ziffer zuerst zur Abstimmung zu bringen, dann die niederen und zuletzt die Zollfreiheit. Mit einem andern Verfahren kommt man, wie es in der Kommission mehrfach der Fall gewesen ist, unter Umständen zu ganz falschen Resultaten. Die Sache ist von großer Bedeutung für die Beratung des gesamten Tarifs.

Präsident Graf Ballestrem: Ich kann ja nicht in Abrede stellen, daß das, was Herr Richter gesagt hat, gewissermaßen logisch ist. (Große Heiterkeit.) Ich kann aber so nicht allen Herren, die Amendements gestellt haben, gerecht werden. Wenn wir hier zunächst abstimmen würden über die Anträge der Kommission und dieselben werden angenommen, so würde das Amendement Albrecht ausfallen.

Abg. Singer (Soc.): Es ist selbstverständlich, daß nach dem Vorschlage des Abg. Richter diejenigen in der Abstimmung beschränkt würden, welche ihrem Grundsatz der Zollfreiheit durch eine Abstimmung Ausdruck geben wollen. Ich glaube, daß das unmöglich der Wille der Majorität des Hauses ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Daß einzelne Anträge in der Abstimmung ausfallen, kommt immer vor. Wenn die hohen Ziffern angenommen werden, fallen die andern aus. Warum hier eine Ausnahme gemacht werden soll, wo der andre Satz eine Null ist, weiß ich nicht. In der Kommission hat man diese Methode beim Duerbrachzoll angewendet, daß man zuerst über Zollfreiheit abstimmte und zuletzt zum 7 Mark-Zoll kam. Dadurch kam es zu einem ganz falschen Resultat. Auch im englischen Parlament wird stets bei der höchsten Ziffer angefangen. Wenn

Sie die abweichende Methode bei der Etatsberatung anwenden würden, würden wir zu den absonderlichsten Beschlüssen kommen.

Abg. Graf Limburg-Sillim (l.): Ich kann Herrn Richter nur bestätigen, daß es den parlamentarischen Gepflogenheiten und auch der richtigen Behandlung der Sache entspricht, daß stets mit der höchsten Ziffer begonnen wird und nach und nach heruntergegangen wird. Es kommt sonst nicht jeder zu seinem Recht.

Abg. Singer (Soc.): Es handelt sich hier gar nicht um die Abstimmung über Ziffern, sondern um die Abstimmung über einen Grundatz. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß der Grundatz der Zollfreiheit gleichbedeutend ist mit irgend einer Ziffer, wobei man überhaupt noch zweifelhaft sein kann, ob Null eine Ziffer ist. — Was das Beispiel des Duerbrachzoll anlangt, so möchte ich nicht, was die Majorität der Kommission verhindert haben sollte, sich auf die Ziffer zu vereinigen, die sie für die richtige hielt.

Abg. Bassefmann (natl.): Die aufgeworfene Frage ist von sehr großer Bedeutung, da sie sich bei jeder Position des Tarifs wiederholen kann. Ich schließe mich namens meiner politischen Freunde den Ausführungen des Abg. Richter an. Sie entsprechen der Logik und den Gepflogenheiten des Hauses beim Etat. Ich verweise auch auf die Tausende von Abstimmungen in der Budgetkommission. Die Vorschläge des Präsidenten erachte ich nicht für die richtigen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn man mit dem Antrag auf Zollfreiheit beginnt, so läßt darauf zunächst die Regierungsvorlage, dann der Kompromißantrag. Der Kompromißantrag wird verworfen von denjenigen, die für die Regierungsvorlage und denjenigen, die für den Antrag Wangenheim sind —

Präsident Graf Ballestrem: Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Sie werfen die Positionen im Tarifgesetz und im Tarif zusammen. Wir sind jetzt bei der Position des Tarifs.

Abg. Richter: Bei diesem Punkte hat die Sache ja wenig Bedeutung. Aber sie könnte im Laufe der weiteren Beratung zu den allerwichtigsten Beschlüssen führen.

Präsident Graf Ballestrem: Da von mehreren Seiten Widerspruch gegen meinen Vorschlag erhoben worden ist, so ziehe ich ihn zurück. Ich würde das Haus nur dann darüber entscheiden lassen, wenn er von anderer Seite wieder aufgenommen würde. Ich schlage daher vor, nunmehr bei den Tarifpositionen zuerst abzustimmen über den Antrag der Kommission, dann über die Sätze der Vorlage und endlich über den Antrag Albrecht und Genossen.

Abg. Singer (Soc.): Ich nehme den Vorschlag des Präsidenten wieder auf und beantrage Abstimmung darüber. Ich möchte Ihnen (zu den Freisinnigen) Gelegenheit geben, durch die Ablehnung unseres Antrages auf Zollfreiheit zu dokumentieren, daß Sie gegen die freie Einfuhr von Lebensmitteln sind. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten. Große Unruhe.)

Abg. Spahn (C.) erklärt sich für die Vorschläge des Abg. Richter. Gerade die Vorkommnisse in der Kommission haben uns gezeigt, daß man zu ganz unrichtigen Ergebnissen kommen kann, wenn der Antrag auf Zollfreiheit unter allen Umständen zuerst zur Abstimmung kommt.

Abg. Richter (fr. Sp.): Dem Abg. Singer bemerke ich, daß wir nichts zu verdunkeln und zu verdecken haben. Wir haben wiederholt und heraus erklärt, daß wir sehr wünschen, daß Zollfreiheit eingeführt würde, daß wir es aber für unmöglich halten, da der Zoll einmal besteht und die Verhältnisse sich danach eingerichtet haben, ihn mit einem Schlage zu beseitigen. Der vom Abg. Singer unternommene Angriff ist nichts weniger als geschickt.

Abg. Singer (Soc.): Herr Richter sollte es ruhig uns überlassen, was wir zu thun haben. Jedenfalls sind wir nicht in der Lage, von ihm Befehle über unser Verhalten anzunehmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Ich stelle nach der Erklärung des Abg. Richter fest, daß er trotz seines Wunsches auf Zollfreiheit die praktische Gelegenheit, diesen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, nicht ergreift. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten, Widerspruch bei den Freisinnigen.)

Abg. Richter meldet sich nochmals zum Wort, verzichtet aber darauf auf halb zornige, halb beschwichtigende Weise und Handbewegungen des Präsidenten Grafen Ballestrem. (Heiterkeit und Unruhe.)

Der Vorschlag des Abg. Singer, zuerst über Zollfreiheit abstimmen zu lassen, dann über die Kommissions- und endlich über die Regierungsvorlage, wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt. Das Haus stimmt den letzten Vorschlägen des Präsidenten (zuerst Kommissions-, dann Regierungsvorlage, zuletzt Zollfreiheit) zu.

Präsident Graf Ballestrem: Was die Weizen-Zollsätze anbelangt, so werden wir beim Tarifgesetz analog zu dem Verfahren bei Roggen zuerst über den Antrag Wangenheim abstimmen, aber hier nicht namentlich. Wenn der Antrag Wangenheim abgelehnt

wird, kommt der Antrag Heim, dann der Kommissionsantrag. Diese Abstimmung wird nach dem Antrag Singer und Genossen eine namentliche sein. Dann kommt eventuell die Regierungsvorlage. Diese Abstimmung wird auf Antrag derselben Abgeordneten wieder eine namentliche sein. Sodann wird abgestimmt über Tarifstelle 2 im allgemeinen Tarif, und zwar zunächst über die Kommissionsvorschläge, dann über die Regierungsvorlage.

Abg. Spahn (C. zur Geschäftsordnung): Die besondere Abstimmung über den Antrag Dr. Heim zum Weizenzollsatz dürfte sich erübrigen, weil der Zoll auch nach den Kommissionsbeschlüssen für Weizen 6 M. beträgt, sodaß beide Anträge sich decken.

Präsident Graf Ballestrem: Ja, das fällt zusammen. Das ist richtig. (Heiterkeit.)

Es folgt nun zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Freiherr v. Wangenheim (W. d. L.), in § 1 Abs. 2 den Mindestzoll für Roggen auf 7,50 Mark festzusetzen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A. Als der Schriftführer Dr. Hermes den Präsidenten Grafen Ballestrem aufruft und dieser nicht gleich antwortet, macht ein in der Nähe stehender Abgeordneter dem Präsidenten darauf aufmerksam, daß er antworten solle, indem er ihm auf die Schulter klopfte. Graf Ballestrem erhebt sich und schwingt in mißverständlicher Auffassung dieser Aufforderung mit der Glocke. (Große Heiterkeit.) Erst jetzt stimmt der Präsident, die Situation erlenkend, mit „Nein“ ab.

Der Antrag Wangenheim wird bei 5 Stimmhaltungen mit 289 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Es sind somit im ganzen 333 Abgeordnete bei der Abstimmung anwesend. Für den Antrag Wangenheim stimmt ein Teil der Konservativen, u. a. außer dem Antragsteller Frhr. von Wangenheim die Abgeordneten Dr. Dertel, von Salisch, von Treuenfels, von Waldow-Reichenstein, von Weigel, von Winterfeld; von den Antisemiten die Abgeordneten Windewald, Gräfe, Liebermann von Sonnenberg und Müller-Walde, außerdem die Mitglieder des Bundes der Landwirte Dr. Hahn und Dr. Köhde und die bayerischen Bauernbündler Hilpert und Wachmeier. Fürst Herberd Wiemar stimmt mit „Nein“.

Der Antrag Dr. Heim (C.) wird hierauf in gewöhnlicher Abstimmung gegen die Mehrheit der Deutschkonservativen, eine Minderheit der Reichspartei, die Mehrheit der Antisemiten, die Mitglieder des Bundes der Landwirte und die südbayerischen Bauernbündler, fast sämtliche bayerische Centrumsabgeordneten und die nationalliberalen Abgeordneten Graf Oriola, Dr. Deinhard und Sieg abgelehnt.

Hierauf wird der Kommissionsantrag in namentlicher Abstimmung mit 187 gegen 132 Stimmen bei 5 Stimmhaltungen angenommen. Unter den Abgeordneten, die sich der Stimme enthalten, befinden sich die Centrumsabgeordneten Fusanget, Cahensly, Krebs und Hermann. Von den Nationalliberalen stimmen mit „Ja“ die Abgg. Dr. Deinhard, Haas, Graf Oriola, Fische und Richterberger.

Die drei Führer des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, Dr. Köhde und Dr. Hahn, hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Als der Name des Abg. Dr. Hahn aufgerufen wurde und keine Antwort erfolgte, ertönten unter großer Heiterkeit wiederholte lebhafteste Rufe: „Hahn! Hahn!“

Es ist somit für Roggen ein Mindestzoll von 5,50 Mark vom Reichstag beschlossen worden.

Nunmehr wird abgestimmt über Position 1 des Posttarifs (Maximalzoll für Roggen). Die Kommission schlägt hier einen Zoll von 7 M. vor.

Dieser Vorschlag vereint in einfacher Abstimmung die Mehrheit auf sich. Mit der Minderheit (Socialdemokraten und Freisinnige) stimmt auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl Nationalliberaler.

Durch dieses Ergebnis sind alle übrigen Abstimmungen zum Roggenzoll erledigt.

Es folgt die Abstimmung über den Minimalzoll für Weizen. Zunächst wird der Antrag Frhr. v. Wangenheim (W. d. L.), der einen Minimalzoll von 7,50 M. für Weizen verlangt, in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen, der Bündler, einiger Antisemiten u. a. abgelehnt.

Ueber den Kommissionsantrag, der einen Minimalzoll von 6 Mark für Weizen verlangt (identisch damit ist der Antrag Heim), erfolgt eine namentliche Abstimmung.

Das Ergebnis dieser Abstimmung ist, daß der Kommissionsvorschlag mit 194 gegen 145 Stimmen bei 5 Stimmhaltungen angenommen wird.

Nunmehr wird in einfacher Abstimmung der Maximalzoll für Weizen nach dem Vorschlage der Kommission auf 7,50 Mark festgelegt. Die Minderheit ist dieselbe wie bei der Abstimmung über die Position Roggen.

Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Schluß 5 1/4 Uhr.

**Gelegenheits-Partie Gardinen**

abgepasste Fenster, weiss und creme

pro Fenster	2 50	3 00	4 00	u.	6 00
Eleg. Secessions-Tüll-Stores	2 00	u.	2 35		
Gestickte echte Spachtel-Stores					6 00
Goldfarbige echte Band-Stores	6 75	u.	7 50		

Nach auswärts per Nachnahme.

Gardinen-Haus  
**Emil Lefèvre**  
Oranienstr. 158, BERLIN S.  
Gardinen-Katalog mit ca. 450 Abbildungen gratis und franco.

**!!! Spottbillig!!!**

**Anzugstoff-Reste**

Hosen- u. Winterpaletot-Reste, Reste auch für 26875<sup>h</sup>

Damen-Paletots u. Kostüme.

Tuchfabrik-Niederlage  
**Koch & Seeland**, Berlin, Rossstr. 2.

feste Preise.

**Julius Lindenbaum**  
Frankfurter Strasse 141  
Eckhaus der Frucht-Strasse  
Gegründet 1879.

Anerkannt größtes Etablissement der Bezirke Ost, Nord-Ost, und Süd-Ost für bessere, tadellos gearbeitete

**Herren- und Knaben-Garderoben.**

Grösste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation.

**Winter-Paletots**  
**Winter-Joppen**  
**Elegante Anzüge.**  
Specialität: **Maass-Anfertigung.**  
feste Preise.

Establishment  
**Buggen**  
an Morisplatz.  
Dente Mittwoch:  
**Militär-Konzert**  
3. Garde-Regim. zu Fuß  
(v. v. Goerlich).  
Im Kaiser-Saal:  
**Büchberger Säng.**

**Dr. med. Schlesinger**  
Arzt l. physikalisch-diagnostisches Selbstverfahren  
behandelt m. nachweisl. gut. Erf.  
**Haut-, Harn-, Blasen- u. Frauenleiden.**  
Sprechst. 2-3 U. Licht-Bellmanstr. 11, Sphala-Charlottenburg, Berlinerstr. 125. Die Direkt. H. Kube u. C. Schulze.

**36 Mark**  
elegante Winter-Paletots, 30 Mark  
hochfeine Herren-Anzüge, 12 Mark  
schwere Winter-Beinkleider, guter Stoff, tadellos zith.  
14. Krausenstr. 14.  
1 Treppe. Tel.-Ami I Nr. 3709. 1 Treppe.

**Teilzahlung**  
monatlich 10 M., liefert elegante Herren-Garderobe nach Maß. Bar Kasse allerbilligste Preise. Wer selbst Stoff hat, fertige Anzüge, Paletot nach Maß von 20 Mark an. 49182<sup>h</sup>  
**Temporowski, Schneidemeister.**  
Prinzenstr. 55, 303  
Ede Dresdenstrasse.

**Steppdecken**  
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik  
**B. Strohmendel, Berlin S. 72, Wallstr. 72,** nahe der Rosstrasse, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. Prachtkatalog gratis! 51852<sup>h</sup>

**Nur ein igo Mal**  
erscheint  
**dieses Angebot.**

Um dem verehrlichen Publikum unsere Leistungsfähigkeit recht vor Augen führen zu können, haben wir

**1500 Winter-Paletots**  
konfektioniert, welche durch ihre solide Verarbeitung, hochmodernen, gediegenen Stoff, tadellosen Sitz als das

**praktische Kleidungsstück der Saison**  
zu bezeichnen sind. Diese Paletots dürften, wenn man ihre vorzügliche Qualität und den außerordentlich billigen Preis in Betracht zieht, jedermanns

**freudige Anerkennung**  
erlangen. Wir offerieren diese Paletots unter der Marke

**„Treffer“**

in dunkelgrauer Marengo-Farbe, bestehend aus weichem, fein meliertem Oberstoff mit gutem Vaidutter oder gestepptem Maschutter, ein- und zweireihig, mit Sammettragen, die Nähte zweimal gesteppt, für jede Figur, normal oder anormal, passend, in Verarbeitung II zum Preise von

**M. 18.—**

derselbe Paletot mit erstklassigem Vaidutter in Verarbeitung I, Ueberzieher nach Maß ersiehend, zum Preise von

**M. 28.—**

Wir halten dieses Angebot nur so lange der Vorrat reicht aufrecht. Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Uebervorteilung ausgeschlossen, Garantie für tadellosen Sitz, höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im größten Maßstabe.

**Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.**  
Herren- und Knabenbekleidungs-Fabrik.  
Gegründet 1887. Oranienstr. 40/41.

**Grösste Weihnachtsmesse Berlins**  
Beginnt am 30. November und dauert bis 27. Dezember in den Pracht-räumen des Luisenhofes, Dresdenstr. 34-35. — Schaustände und Verkaufstände jeder Art sind zu vergeben; zu erfragen Budowerstr. 9 im Restaurant.

**Andreas-Garten, Andreadstr. 26.**  
Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Fremden meine neu-eingerichteten, bis 200 Personen fassenden Kollalitäten. Mittagsmahl, ff. Getränke, gute Küche, Regeldamp, gute saubere Betten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Central-Theater**  
Mittwoch, den 22. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Eperette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Am 3. Akt: Ballett-Entrée Czardas unter Mitwirkung des Ballettmeisters Chibou.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Summ **Charleys Tante.**  
Schwank in 3 Akten von Fr. Thomas.  
Guido Thielscher als Charleys Tante.  
Vorher: Cassis Pascha.

**Luisen-Theater.**  
Reichenbergerstr. 31.  
Vor Sonnenaufgang.  
Sociales Drama v. Gerh. Hauptmann.  
Auf. 8 Uhr. Vorher: 10-12 Uhr, Kasse, Anwalden- und Künstlerband.  
Morgen: Faust. Freitag: Vor Sonnenaufgang. Sonnabend: Berlin, wie es weint und lacht.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurterstrasse 132.  
Eine Paria.  
Lebensbild in 5 Akten v. G. Ritterfeldt.  
Anfang 8 Uhr. Morgen: und folgende Tage: Eine Paria.  
Sonnabend, zum 1. Male: Hso Römer. Sonnabendnachm.: Robinson Crusoe. Sonntagnachmittag: Gräfin Saffala.

**Casino-Theater**  
Lohringer-Strasse 37.  
Ganz neue Spezialitäten:  
**Die Costa - Neumann re.**  
Dazu des großen Kassen-Erfolges wegen noch einige Tage:  
**Ihre Familie.**  
Anfang: Wochent. 8, Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
Sonntagnachmittag 4 Uhr: **„Die Verkäuferin.“** Sämtliche Spezialitäten.

**Metropol-Theater.**  
Berlin bleibt Berlin.  
Grosse Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Fround.  
Musik von Erik Meyer-Helmund.  
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hansi Reichsberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. —  
Rauchon gestattet.  
Anfang 8 Uhr.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse.  
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.  
Die Liebeschaukel.  
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Coralie & Co.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Tausend Jahre deutscher Kultur.**  
Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen:  
Die deutsche Ostseeküste.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
**Mellins dunkles Geheimnis.**  
Neu! Lu Dalys Englische Boxerinnen und Ringerinnen  
zum erstmalig auf dem Kontinent.  
**Georgette Langée**, Excentric-Tänzerin.  
14 erstklassige Nummern.

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrichstrasse 165.  
Hochaktuelle Neuheit!!  
ein „Boeren-Museum“  
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Dokumente, Handarbeiten gefangener Boeren etc. etc.) Grösste Sehenswürdigkeit der Jetztzeit!!

**Wilhelm-Theater.**  
Friedrichstrasse 236.  
Der Walzerkönig.  
Poffe in 3 Akten von Hans Hädt.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.  
Morgen: Der Walzerkönig.

**Bernhard Rose-Theater.**  
Badstr. 58.  
Mittwoch, den 22. Oktober 1902:  
**Der Hypochondr.**  
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.  
Anfang 8 Uhr.  
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

**Buntes Theater**  
(Ueberbrett).  
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstrasse 68.  
Töchter zu verheiraten.  
Der Hund. — Winter Teil.  
Leitung: O. Straus.  
Wiederauftreten **TINY SENDERS**,  
von Bozena Bradsky, Marcell Salzer, Bokken-Lasson.

**Apollo-Theater.**  
Um 8 Uhr:  
Die glänzenden Spezialitäten.  
Zum 205. Male:  
**Lysistrata**  
Eperette von Paul Lincke.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

**W. Noack's Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 10.  
**Deborah.**  
Ballettschauspiel in 4 Akten v. Rosenbal.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Donnerstag: Der Mann im Monde.

**Winter-Garten**  
Griffin und Dubois. Excentrics.  
Duncan's dress. schott. Schäferhunde.  
Robinson-Baker-Trio, Hochspringer.  
Elise de Vere, Soubrette.  
Los Floridos, Spanische Tänzerinnen.  
Die 2 Freydas, „Professor u. Schüler“.  
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.  
Sisters Carey's dressierte Papageien.

**Carl Maxstadt, Humorist.**  
**Liane de Vries, Pariser Soubrette.**  
**Kara, Meister-Jongleur.**  
**Angèle Van Loo, Sängerin v. kgl. Theat. Brüssel.**  
Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris.  
„Biograph“.

**Kleines Theater**  
(Schall und Rauch)  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Rausch.**  
Tragikomödie in 4 Akten von August Strindberg.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a,  
Station der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag und Freitag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sängers**  
Nach jeder Vorstellung  
**Tanzkränzchen.**  
Entree: Sonntags 50 Pf.,  
Eperette 75 Pf., ab 9 Uhr  
30 Pf., Wochentags 30 Pf.,  
Eperette 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Central-Theater**  
Mittwoch, 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Zigeunerbaron.**  
Eperette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Am 3. Akt: Ballett-Entrée Czardas unter Mitwirkung des Ballettmeisters Chibou.

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstrasse 72-73.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Summ **Charleys Tante.**  
Schwank in 3 Akten von Fr. Thomas.  
Guido Thielscher als Charleys Tante.  
Vorher: Cassis Pascha.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch abends 8 Uhr:  
**Der Biberpelz.**  
Eine Diebeskomödie von Gerhart Hauptmann.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**  
Freitag abends 8 Uhr:  
**Der Biberpelz.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).  
Mittwoch abends 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina.**  
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Moritur!**  
Freitag abends 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**

**Cirkus Schumann**  
Karlsruhe. Cirkus Renz-Gebäude.  
Mittwoch, 22. Okt., abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Vorstellung.**  
Nur noch 8 Tage:  
25 Gerettete von der Insel Martinique.  
**Die Amerikaner**  
Mr. Radford und Winchester mit ihrem neuen Akt.  
Clown Adolf mit seinem neuesten Schlager als Balletmeister.  
Die Monstre-Dressuren des Direktors Alb. Schumann.

**Cirkus Busch.**  
Dienstags, den 21. Oktober 1902, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung**  
Die Hadji Mohamed-Truppe.  
7 phänomenale arab. Springer.  
**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauerbrücke 5.  
Größtes Vergnügungslokal Berlins.  
Internationale Konzerte von 5 Sängler-Kapellen.  
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.  
Täglich Matinee von 12-2 Uhr.

**Neuestes Reiter-Sport-Spiel**  
mit dem 7 Fuss hohen Ball.  
Ballett-Diversissement von 100 Damen.  
3 Eldred - 4 Nesadsons.  
Jockeyreiter. Musikal. Clowns.

**Palast-Theater**  
Direktion: Richard Winkler.  
**Sensations-Erfolg!**  
9 Uhr: **Berliner in Steglitz.**  
Gr. Kunst-Burleske mit Gef. u. Tanz.  
Im bunten Teil: Willi u. Rosita Sands, Sportist. Sisters Laurence, Dressur-Akt. Mr. Atlas, die schwanzlose Weltfugel, Brother Gaudes, Straß-Akt. Benedetti, Universal-Artist. Hoc und Mac, Transformations-Akt. Fritz Brand, Dumorist. Elise Gobhardt, Vortrag-Soubrette. — Entree 30 Pf.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
Stettiner Sängler.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.  
Wöchel, Pietro, Weitten, Max Stiebel, Kreome, Adhams, Rode, Mann, (Kollmer etc.)

**Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.**  
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Courtage 10-12, 2-4.

**Arnold Scholz Germania-Prachtssäle Chausseestr. 103.**  
Jeden Mittwoch:  
**Hamburger Sängler.**  
Direktion Otto Stedel und Wilm. Wolff.  
Neu! Die lustigen Weiber von Stralau.  
Auf. 8 Uhr. Vons gehen. Eintritt 20 Pf.  
Jeden Donnerstag:  
**Bergter-Konzert und Familien-Kränzchen.**  
Großer Ball.  
8 große und kleine Säle unter constanten Bedingungen zu vergeben. 50822\*



**Anker-Brikets**  
sind das bewährteste Brennmaterial für den Haushalt und alle gewerblichen Zwecke.  
Fast jede Kohlenhandlung führt diese berühmte Marke.

**Mass-Anzüge mit Anprobe**  
zu 24 und 30 Mark. 52102\*  
**Winter-Paletots** nach 28 u. 32 M.  
fertige unter Garantie des tadellosen Sitzens aus nur besten, moderaten Stoffresten an.  
**Rothmanns Rester-Handlung Engros**  
Krautstr. 1, II Tr. Chausseestr. 43, I Tr.  
am Strausberger Platz. Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

gegen Cassa und Teilzahlung in der Fabrik  
**H. Roggensack,**  
Inh.: **Paul Kraatz,**  
N., Ruppinerstraße 5.  
Besichtigung ohne Kaufzwang.

## Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Stralauerstr. 57:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Reuewahl desselben. 2. Vortrag des Genossen Lantz über: „Die Entwicklung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts.“ 3. Diskussion. 4. Berichterstattung. 296/13 **Der Vorstand.**

## III. und IV. Wahlkreis (Südost).

Achtung! Wähler des II. Kommunal-Wahlbezirk!  
**Volks-Versammlung**  
Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gramann, Rannysstr. 27.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen über: „Die bevorstehende Stadtverordneten-Wahl.“ 2. Diskussion. 3. Ausstellung eines Kandidaten. 4. Wahl eines Komitees. 215/3\*  
Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Die Socialdemokratischen Vertrauensleute.

## V. Wahlkreis.

Donnerstag, den 23. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhause“, Vivienstr. 5:  
**Partei-Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Bericht und Wahl der Vertrauensleute. 2. Socialdemokratie und Strafrecht. 913/17  
Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse **Wolfgang Heine.**  
3. Diskussion. 4. Partei-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Vertrauensleute.

## Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Am Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 8: Fortsetzung der am 16. d. M. veranlagten  
**General-Versammlung.** **Der Vorstand.**  
250/18

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 22. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Versammlung**  
in den **Andreas-Festsälen**, Andreasstr. 21.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streit bei der Firma Jache, Fruchtstr. 8, und das Verhalten des „Christlichen Holzarbeiter-Verbandes“. 2. Diskussion.  
NB. Der Vorstand des Christlichen Holzarbeiter-Verbandes ist brieflich zu dieser Versammlung eingeladen.  
90/7 Die Erbsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Zahlstelle Rixdorf.**  
Mittwoch, den 22. Oktober 1902, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Bericht des Kartell-Delegierten und Neuwahl. 3. Vortrag. 4. Diskussion. 5. Verbandsangelegenheiten. 90/8

## Achtung! Klaviatur-Arbeiter!

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:  
**Grosse öffentliche Versammlung**  
im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ner 15, Saal VII.  
Tages-Ordnung:  
1. Was tun wir unter Lage der Dinge? Referent: Kollege Galling. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.  
90/6 Die Werkstatt-Kontrollkommission.

## Achtung! Köpenick. Achtung!

Freitag, den 21. Oktober cr., abends 8 Uhr:  
**Gr. öffentliche Versammlung**  
für **Männer und Frauen**  
im Lokale des Herrn Schöer (Wilhelmsgarten).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: Die Errichtung des Gewerbegerichts für Köpenick. 2. Ausstellung der Kandidaten. 3. Verschiedenes. 289/6  
Um zahlreiches Erscheinen bittet Das Gewerkschafts-Kartell.

Die einzig dastehenden  
**Fielitz-Briquetts**  
(allerechte Marke des ganzen Senftenberger, Stettiner, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Raions) in kleine Stücke geschlagen, ergeben durch ihre grobhartige Holztrast vollständig die Zielkohle und überdies durch ihre langanhaltende Glut den Coaks und Doppelte. Den Beweis kann sich jede Hausfrau durch eine Probe selbst liefern.  
**Billigste Bezugsquelle**

**Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 43.**  
**Filialen für den Kleinverkauf:**  
Anklamstrasse 23. Patbuserstr. 17.  
Rheinstrasse 51. Rheinsbergerstr. 27.  
Chorinerstrasse 68. (Inhaber: C. Haberland).  
Dragonerstrasse 6a. Schlemmerstrasse 42.  
Dunkerstrasse 80. Stargarderstrasse 57.  
Fehrbellinerstrasse 18. Stralsunderstrasse 14.  
Griebenowstrasse 20. Swinemünderstr. 81.  
Oderbergerstrasse 51. Weissenburgerstr. 34  
Pappel-Allee 27. (Inhaber: E. Röhl).  
(Inhaber: A. Böhm). 48522\*

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.  
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.  
Plomb. 1,50 M. Reparatur. sof. Umarbeit. schlecht sitz. Gebisse.  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
(Haus Schaarwächter.) Sprechst. 9-7 Uhr. Tel. VI 4401. {35/11\*

# A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17.  
Ecke Leipzigstraße.

Belle Alliancestr. 1-2.  
Am Bücherplatz.

Gr. Frankfurter Str. 113.  
Ecke Andreasstraße.

## Ausnahme-Preise: Für Damen. Schuhwaaren Für Kinder.

Mittwoch, Donnerstag,  
Freitag, Sonnabend  
nur solange der Vorrat reicht

Braune Knopf- oder Schnürstiefel früher Paar 7 75 jetzt 5 50	
Schwarze Knopf- od. Schnürstiefel Chevreaux. früher Paar 8 50 jetzt 6 75	
Schwarze Halbschuhe mit Lackblatt, früher Paar 5 25 jetzt 3 50	
Schwarze Chevreaux-Halbschuhe früher Paar 7 25 jetzt 5 50	
Schwarze Halbschuhe mit Spange, früher Paar 4 50 jetzt 2 95	

Braune Knopf- oder Schnürstiefel Größe 25/26 . . . . . früher Paar 4 00 jetzt 2 90	
Braune Knopf- oder Schnürstiefel Größe 27/30 . . . . . früher Paar 4 90 jetzt 3 50	
Braune Knopf- oder Schnürstiefel Größe 31/35 . . . . . früher Paar 5 75 jetzt 4 50	
Schwarze Knopf- oder Schnürstiefel Größe 27/30 . . . . . früher Paar 5 10 jetzt 4 50	
Schwarze Knopf- oder Schnürstiefel Größe 31/35 . . . . . früher Paar 5 90 jetzt 4 75	

Ferner offeriren wir als besonders preiswerth:

### Filzschuhe:

Für Kinder . . . . .	Paar 73, 90 Pf., 120 M., 160 M.
Für Damen . . . . .	Paar 130 M., 145 M., 185 M.
Für Herren . . . . .	Paar 190 M., 220 M., 290 M.

## Warum soll man Kathreiner's Malzkaffee verwenden?

Weil er als Zusatz zum Bohnenkaffee diesen weitaus bekömmlicher macht und dem Getränk einen milden, besonders angenehmen Geschmack verleiht. Das ist tausendfach erwiesen und von allen erfahrenen Hausfrauen anerkannt.

130/13

Jedes Wort 5 Pfenntg.  
Nur das erste Wort fett. Weris mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 4 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition (Linienstr. 60) bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Grüntrommeln, Reib-, Borlo-, Holz-, Kolbengehäuse mit Rolle sofort zu verkaufen** Rigdorf, Meuterstraße 66, Preis 650 Mark. 29225\*

**Baukasten, Borrel, guter Boden, unweit Bahnhofs, 6-8 Mark die Ante.** Bankhof, Jägerstr. 27945\*

**Gartenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre.** 137\*

**Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Ansehen von 18 bis 45 Mark.** Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Hauptstraße. \*

**Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark.** Verkauf Sonnabend und Sonntag, Verlanhaus Germania, Unter den Linden 27. 19075\*

**Neue postbillig. Zuschlag Holzbohle 2, Stock u. Seeland.** 1775\*

**(29) - Gartenhaus Bernhardt Schwarz: Am Ballstraße. 13975\***

**Teppiche (Kleinfächer) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Guderer Markt 1, Holzhofstraße. 11575\***

**Möbelmagazin liefert auf Teilzahlung Möbel, Teppiche, Gardinen unter constanten Bedingungen. Abzahlungen auf Jahre verzielt. Wener, Hauptstraße 35, nahe Hauptstraße. 13495\***

**Mähmaschinen ohne Anzählung, höchstens 100. Ringel, Seeborn, Wdler, Schnellläufer. Gebrauchte postbillig. Reparaturen billigt. Zumstr. 39, 2. Geschl. Bernauerstraße 47 B. 13998\***

**Stoppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\***

**Winterpaletots, Anzüge, Remontoirs postbillig Verlanhaus Neanderstraße 6. 4411\***

**Mähmaschinen ohne Anzählung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00.** Köpplerstraße 60/61, Landbergerstraße 82-82\* 492\*

**Teppiche mit florantenblauen, hellblauen, niedrigen Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\***

**1000 neue Mähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzählung. Langschiffchen, kosarisch, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Auszahlung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Mähmaschinen sprechen Laufende meiner Kunden. Kleinfach hoher Bekömmert. Ernst Weimann, Goltzowstraße 20, nahe der Landbergerstraße, alle Maschinen nehmen in Zahlung.**

**Mähmaschinen, Rasie bis 10 Mark, wer auf Teilzahlung eine Mähmaschine kauft. Samliche Systeme. Postkarte genügt. Drauser, Waisenstraße 64. 29995\***

**Weggeleitstände: Paletots, Herren- und Anzählungen, Hüten, Westen, Röcke, Opengläser, Teppiche, Kessel, Nebel, Tischläufer, Postkarte postbillig. Rude, Oranienstraße 131. 29005\***

**Goldfächer, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Schmuck, Harmonika, Gelbes, Silber, postbillig. Rude, Oranienstraße 131.**

**Postkarte: Cigaretten, Feinstraße 13. 1375\***

**Blumenarbeiterinnen empfangt Paraffin 5 Pfund 2 Mark. Flor-Druckerei, Paul Kempe, Kiderl, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 39925\***

**Kanarienvogel 400, Vorkäufer 8.00, Nachkäufer 75. Neanderstraße 7. 4419\***

**Winterpaletots, Anzüge, Remontoirs postbillig Verlanhaus Neanderstraße 6. 4411\***

**Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren postbillig Verlanhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 4411\***

**Junger Mann verläßt wegen zurückgegangener Heirat eine Stube Ausbrenn-Winkel, noch neu, elegante Garnitur Säulenstuhl, geschliffenes Glas, billig. Händler werden. Besichtigung abends 6-9. Refert, Bernauerstraße 2, I. 29335\***

**Winterpaletots, Anzüge, Herren- und Damen, aus feinsten Stoffen herstellend, 16 bis 30 Mark. Hemden 7-10 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Verlanhaus, Jägerstraße 63, 1. Etage. 1\***

**Ringelstücken gutgehend unhandhabbar billig. Konopka, Neanderstraße 7. 4419\***

**Kleiderjähre!! Habe wieder 1. Rollen Kleiderstoffe, neu für 25 Mark, sowie Perle, Spiegel, Stoffe 20 Mark, Bestellen 8 Mark, heute und morgen zu verkaufen. Kantenselstraße 77 im Keller. 4419\***

**Garzer Kanarienvogel, Hoch-, Anor, Ringelstücken, sprechende Papageien Kommandantenstraße 52, Restaurant. 4410\***

**Damenhüte a 30 Pfennig. Ernst, Brühlstraße 12. 12975\***

**Herrenrad, hochlegant, unhandhabbar 35.00. Schönhauser Allee 177a, Rauch. 12975\***

**Panzersassa verkauft Käse, Seidenstraße 25, 4 Treppen. 13419\***

**Unfallfaden, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Güter, Steuerfächer 65. 25875\***

**Rechtsbureau Habis, Gröner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz). Rechtsfälle, Eingabegeld, Materalteilung. 29245\***

**Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabegeld, Materalteilung, Fall, Drummstraße vierzig. 29165\***

**Stankhoferei von Frau Kolosch, Steinwegstraße 48, Quergebäude hochparterre.**

**Wer Stoff hat, fertige Anzug nach Maß von Mark 15.00. B. Penzow, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. Fahrrad-Ankauf, Schönhauser-Allee 163a. 12971\***

**Division! Wer sich über die russische Grenzamt unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Reichslandes gegen Division, welche unentgeltlich verendet werden vom Berliner Verkehrsverein, Schulstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1015\***

**Saal mit Bühne, 120 Personen fassend, jederzeit zu vergeben. Schwedterstraße 28/24. 12915\***

**Saal, Vereinsräume zu Versammlungen und Sitzungen noch frei. Anstaltstr. 10, Kommand. 12908\***

**Gehilfen meinen Saal für Vereine und Gesellschaften sowie Regelmäßig. August Wenzel, Rosenhagenstraße 74. 29205\***

**Größeres Geschäftszimmer mit Piano, noch Tage zu vergeben. Balladenstraße 24. 425\***

**Vereinzimmer, Saal mit Bühne verleiht gratis, Sebalienstraße 29. 12915\***

**Vereinzimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Waisenstraße 65, Kommandantenstraße 65. 12923\***

**Vereinzimmer zu vergeben. Neanderstraße 11. 22485\***

**Wer fertigt ihre Bauschmuckung an? D. Schenke, Rüdigerstraße 1, II. bei Reichsdorf. 499\***

**Vermietungen.**

**Schlafstellen.**

**6 te Schlafstelle für 1 oder 2 Herren. Kottow, W. Noobit 135. 783\***

**2 Schlafstellen für Mädchen. Bremer, Schmidtstraße 11, I. 29225\***

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Fischer sucht (kleine Arbeiten) zu Hause anzusetzen. O. H. 19, Volkamt 57. 29275\***

**Komiker Glöckler, jetzt Oranienstraße 7. 129205\***

**Blinder Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Wdler, Hauptstraße 27, II. Etage.**

**Stellenangebote.**

**Glober, guter Kaufmannsbeirat für außerhalb bei hohem Lohn verlangt. Weidenbergstraße 88, Comptoir. 412**

**Orgelbauer (Pneumatiker) finden dauernde Beschäftigung bei A. Hellmann, Schöne, Berlin, Reibstraße 30.**

**Rahmenmacher wird verlangt. Alexandrinstraße 25. 29355\***

**Silberarbeiter werden verlangt. Dresdenstraße 95, I. 29325\***

**1 tüchtigen Garbengolder verlangt. Oberfermann. 29045\***

**Wärmerschleifer auf Lutz verlangt. Ventler & Co., Brandenburgerstraße 30. 29285\***

**Wärmerschleifer verlangt. Frick, Frankfurterstraße 125. 29305\***

**Metallbrenner-Vertrieb verlangt. Sanderlin, Oranienstraße 34, Seitenflügel III. 29315\***

**Wärterinnen am Kammetten im Hause verlangen. Leinberger & Brandenberk, Wdlerstraße, Großwälderstraße 13. 7614\***

**Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.**

**Elektro-Obermonteur**  
der selbständig Handinstallationen leisten kann, für unter Installationsbureau für elektrische Beleuchtung zum sofortigen Eintritt gesucht.

**Deutsche Gasflücht Aktien-Ges.**  
Berlin, Alte Jakobstr. 139.

**Electro-Monteur,**  
welche in Handinstallationen ein-gerichtet sind, für unter Installationsbureau für elektrische Beleuchtung sofort gesucht.

**Deutsche Gasflücht-Aktiengesellschaft**  
Berlin, Alte Jakobstr. 139.

**Achtung, Klavierarbeiter!**  
Die Pianofabrik von Ernst Koch & Co., Grönerstraße 155/156, ist wegen Lohn-erhöhungen bis auf weiteres geschlossen.

**Die Grönerverwaltung!**  
Beliefert und hältende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maler, Arbeiter und Polierer:  
A. Schulz, Rosenthaler 18/19,  
Emmrich, Döberstraße 20,  
Lutz u. Engelbrecht, Gdlicher Wf.,  
Werner, Stallstraße 28,  
Jahre, Hauptstr. 8.

**Die Grönerverwaltung.**



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiessen und Genossinnen!

Am kommenden Sonntagvormittag findet in Berlin und den Vororten eine umfassende

Flugblattverbreitung

statt, bei der alle Genossen und Genossinnen ihre Pflicht zu erfüllen haben. Es handelt sich um eine Propaganda zu Gunsten des Partei-Organs, für welches alle, denen das Wachsen der Partei am Herzen liegt, zu agitieren Gelegenheit haben.

Achtung, Parteigenossen des dritten und vierten Wahlkreises (SO.) Am Mittwoch, den 5. November, findet im 11. Kommunalwahlbezirk die Erstwahl für den verstorbenen Genossen T. Meyer statt.

Zur Einleitung der Wahlagitierung findet am Donnerstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, bei Graumann, Rammsteinstr. 27, eine öffentliche Versammlung statt, zu der Reichstags-Abgeordneter Arthur Stadthagen das Referat übernommen hat.

Es ist Pflicht aller Genossen, für den regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß alle Wähler wahlberechtigt sind, welche in den Listen verzeichnet stehen, gleichviel ob sie seit dem 1. Oktober aus dem Bezirk verzogen sind oder nicht.

Der öffentliche Vortrag, den Genosse Arthur Stadthagen heute in den Arminkassalen abhalten sollte, findet erst am Mittwoch, den 23. Oktober, in denselben Lokalitäten statt.

Wiederhol. Den Wählern der dritten Klasse bringen wir hiernächst nochmals in Erinnerung, daß die Erstwahl für die Gemeindevertretung hiesigen Bezirks, den 22. Oktober, nachmittags von 4 bis 7 Uhr in der alten Schule stattfindet.

Reinickendorf und Ungerend. Die Diskutierabende des Wahlvereins finden statt: Jeden Donnerstag im Restaurant „Zur Tanne“, Nordbahnstr. 11. Besien: Jeden Dienstag und zwar im Oktober und Dezember bei Müller, Verlenerstr. 20; im November bei Engel, Eichhornstr. 73/74. Wilhelmstr. 14.

Lokales.

Oegen die Unsauberkeit in den Berliner Gemeindefchulen hat, wie wir am Sonntag mitteilten, der Unterrichtsminister, veranlaßt durch das ungünstige Ergebnis der von ihm angeordneten Besichtigung mehrerer Schulen, dem Magistrat empfohlen, künftig die gründliche Reinigung nicht bloß dreimal in jeder Woche, sondern täglich stattfinden zu lassen.

Die Krankenlassen-Mitglieder Berlins und der Vororte werden auf einen Fehler in der gestrigen Veröffentlichung aufmerksam gemacht. Es muß heißen: Berlin O., A. Collin, Mittelmarkt 16 (nicht Collin.)

Der Umbau des Stettiner Bahnhofes ist nunmehr so weit gediehen, daß die Herstellung der Verbindung der Vorhallen des alten und neuen Bahnhofs in Angriff genommen werden kann.

Der Vorfall im Hause Reinickendorferstraße 18, worüber wir gestern berichteten, hat zum Glück nicht mit dem Tode des vom Grünkrauthändler Seifert durch einen Revolverbeschuß verletzten Kindes geendet.

über in der Rotwehre gehandelt habe und die Untersuchung hat ergeben, daß diese seine Darstellung glaubwürdig ist.

Eine Liebestragödie spielte sich in der Nacht zu gestern auf dem Grundstück Elbfischerstr. 37 ab. Eine 23 Jahre alte Helene Müller, die vor zwei Jahren aus Adla hierher kam, erst Konfektionseuse war und dann Kleiderin wurde, weil sie keine Stellung hatte, unterhielt seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit dem Geschäftsführer eines Cafés, der ihr verschwiegen hatte, daß er verheiratet ist.

Zwei Handliche haben seit Jahren ein Warenhaus im Centrum der Stadt um Stoffe, Seide usw. beschaffen. Da sie zu den eifrigsten Angestellten des Hauses gehörten und als verträglich gar nicht in Betracht kamen, so wollte es nicht gelingen, die Diebstähle, die sich unangeführt wiederholten und das Haus schwer schädigten, anzuklären.

Ein über angegrasteter „Schery“ ist gestern am Rollendorfsplatz dem Schlosser A. verhängnisvoll geworden. In der Villowitzerstraße hatte ein Kaufmann, welcher dortselbst Kunden besuchte, sein Zweirad unbeaufsichtigt auf der Straße stehen lassen.

Von dem Dänkel gewisser Unternehmer giebt ein Vorgang Kunde, der sich vor einigen Tagen auf einem Neubau in der Gohlstrasse abspielte. Dieser Bau wird von dem Unternehmer Gaudy aufgeführt, leitender Polier ist der Sohn dieses Herrn.

Wegen Brandstiftung wurde gestern nachmittags ein mehrfach bestraffter Einbrecher Fritz Weikensfeld festgenommen. Der Mann sah in der Einjahrsstrafe des Hauses Kruppstr. 13 einen Wagen mit den

Arbeiterelend. Aus Nahrungsvorsorgen ist der 41 Jahre alte Arbeiter Andreas Bittze, aus der Leffingstraße 35, in den Tod gegangen. Witzel, ein ordentlicher fleißiger Mann, erkrankte vor einigen Wochen an Rheumatismus und geriet mit seiner Familie, da er seiner Arbeit nicht nachgehen konnte, unversichert in Not.

Mittelfener gab es gestern abend in der Stettinerstr. 41 auf dem Grundstücken. Auf dem nach der Straße hin unbehauten Grundstück hat der Händler Hande einen Holz- und Kohlenlager, in dessen Mitte ein großer einstöckiger Schuppen stand, der auch als Pferdestall diente.

daß die Feuerwehre von drei Seiten mit Dampfströhren angreifen konnte. Auf diese Weise konnte der Brand innerhalb einer Stunde zum Stehen gebracht werden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Gulinstr. 3 gerufen. Hier war durch Unachtsamkeit gegen 11 Uhr in einer Kellerwohnung ein Brand ausgekommen, der in kurzer Zeit Wäsche, sowie Möbel erfaßt hatte, aber noch im Entstehen unterdrückt werden konnte.

Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat, wie wir hören, u. a. den Vorsitzenden der Centralcommission der Krankenkassen, Herrn E. Simanowski als Mitglied kooptiert.

Au der 9. städtischen Fortbildungsschule soll auch in diesem Wintersemester wieder ein Kursus in Handelskunde eingerichtet werden. Unterrichtszeit Mittwochs 7-9 Uhr abends.

In der Urania-Sternwarte, Invalidenstrasse 67/62, beginnt am Montag, den 3. November, 8 Uhr abends, ein aus drei Vorträgen bestehender astronomischer Vortragskurs „Einführung in die Himmelskunde“.

Aus den Nachbarorten.

In Nixdorf sind die Innungsmeister mit ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft von neuem abgeblüht. Der Nixdorfer Magistrat hatte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Antrag des Innungsausschusses der vereinigten Nixdorfer Innungen zu beschäftigen, das Ortsstatut das Gewerbegericht betreffend, dahin zu erweitern, daß Wahlen von Beisitzern nicht an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen.

Aus Nixdorf. Schwer verunglückt ist gestern in der Richardstraße der siebenjährige Sohn des Kaufmanns Gustav Scherke aus der Ringbahnstr. 30 dadurch, daß er von einem Dampfwagen überfahren wurde.

Schönberg. In der Stadtratsversammlung am Montag erfolgte zunächst die Einführung der aus Ertragswahlen der zweiten Abteilung hervorgegangenen Stadtratsordneten Rechtsanwält v. Glasenapp und Oberlehrer Dr. Hellmann unter den üblichen Formalitäten.

Lichtenberg. Der Landrat des Kreises Niederbarnim soll an die Vororte von Berlin ein Rundschreiben gefandt haben, in welchem die Gemeindebehörden vor dem übereilten Abschluß von Verträgen mit Berlin, die Regelung von Mähren in den Gemeindebezirken betreffend, gewarnt werden.

Langen behaupten seit Langem, daß der Großgrundbesitzer und Schlossherr von Friedrichsfelde es ist, der dem Verlangen der Vororte nach Verfassungsänderung nicht gar im Wege steht, so doch dem mehr als schleppenden Gange der Dinge als Landrat gemächlich zuseht. Hier würde eine Wahrung der Interessen der Vororte diesen sehr nützlich sein und dem Gemeinwesen Berlin keinen Schaden zufügen. Der Plan der Stadterweiterung Richtensbergs soll angeht, trotzdem er seit Jahr und Tag schwebt, über das Landratsamt noch nicht hinausgekommen sein. Die Einverleibungsfrage, so wird behauptet, fränke an denselben Leiden. Wo bleibt hier der fürsorgende Landrat? Wo liegt das Stadterweiterungs-Projekt? Wie steht es mit der Einverleibungsfrage?

**Neu-Weißensee.** Nach Verlauf von sieben Wochen findet in unserer Gemeinde von 33 000 Seelen wieder einmal eine Gemeindevertreters-Sitzung statt. Jedoch vernissen wir den von den socialdemokratischen Vertretern gestellten dringlichen Antrag betreffend die Aufhebung der Grenzlinie für Schladach auf der Tagesordnung. Sollte der Mitte September eingereichte Antrag bereits durch den Papierkorb erledigt sein? — Der Punkt „Einweihung der Bethanien-Kirche“ birgt gewiß eine Geldforderung in sich, die sich jedenfalls auf eine Ausschmückung der Straßen und Plätze bezieht, da hohe und höchste Herrschaften erwartet werden, um die mit allen Anstrengungen und Samtagsentbehrungen fertiggestellte Kirche am nächsten Sonntag ihrem Zweck zu übergeben. — Von dem zum 1. Januar 1903 zu errichtenden Gewerbegericht hört man nichts mehr. Im Oktober sollten nach einer eingeholten Auskunft die Wahlen ausgeschrieben werden, es ist bis jetzt aber nichts gekommen und herrscht infolge dessen in Arbeiter- und Gewerkschaftskreisen eine gewisse Aufregung; man ist der Ansicht, daß eine Verschiebung des Eröffnungstermins beabsichtigt wird.

**Reinickendorf.** Nach dem Vertrage, den die Gemeinde Dall-dorf wegen Anschließung an unsere Trinkwasserleitung abgeschlossen hat, erhält diese Nachbargemeinde den Sublimeter Wasser für 13 Pf. Der Vertrag ist auf 15 Jahre abgeschlossen. — Eine vom Landrat des Kreises gegebene Anregung, durch Ortstatut für Gehende im Schankkonzession die Bedürfnisfrage anzuschneiden, wurde in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung von unseren Parteigenossen energig bekämpft. Der Vorstoß wurde gegen die Stimme des Gemeindevorstandes abgelehnt. — Nach Fertigstellung des neuen Armenhauses soll das alte zu Bureauzwecken umgebaut werden; die Kosten in Höhe von 11 500 Mark wurden bewilligt.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Gewerkschaftsbau, Engel-Ufer 13. Der gestern ausgefallene Unterricht in Naturerkenntnis findet heute, Mittwoch, statt.

**Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Gesellschaften** (Zweigverein Berlin). Mittwoch, den 22. Oktober, abends 10 Uhr, im Restaurant Bauer, Hohenzollerstr. 57: Generalversammlung.

**Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen** Berlins. Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“, Neue Köhlerstr. 3: Vortrag des Genossen Waldek Naasske: „Der Weg der Völker zur Vernunft“.

**Central-Verband der Handlungsgeschäften und Geschäften Deutschlands** (Bezirk Berlin). Mittwoch, den 22. Oktober, abends 9 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Redakteurs Georg Bernhardt: „Die Handelspolitik im Anfange des 19. Jahrhunderts“. Gäste sind willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

©. R. 74. Uns ist nicht bekannt, daß Frankfurter Thaler von 1873 einen höheren Wert haben.

**W. 13. Und unbekannt.**  
H. S. Das Ködemer Thor stand auf der Stelle, wo sich jetzt die Hofstraßen-Brücke befindet.  
**W. 14.** Nach § 11 des Strafbuchgesetzbuchs dürfen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung wegen ihrer Abstammung oder ihrer in Ausübung ihres Berufs gehaltenen Beziehungen nicht zur Verantwortung gezogen werden. Nach § 12 sind wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen einer gesetzgebenden Körperschaft von jeder Verantwortlichkeit frei. — **S. 9. 100.** Weir. — **T. 9.** Es genügt die Unternehmung; Sie können ein Mittel beibringen. — **G. 6. 50** und **Kochtr. 5.** Den Staatsangehörigkeits-Ausweis erteilt in Neudammberg-Str. die Landesregierung zu Neustrelitz, in Bayern die Kreisregierungen zu München, Landshut, Speyer, Regensburg, Bamberg, Ansbach, Würzburg und Augsburg. — **W. 6. 6.** Die Archive und Diligente. Das Währe erfahren Sie aus einem in den öffentlichen Verzeichnissen Konventionenverzeichnisse oder aus einem ebendort erscheinenden Geographischen. — **S. 29. 11.** Rein. — **B. 1.** Gegen dieses Räuber können Sie leider nichts andrängen. — **Hirtdorf 1864.** Ihr Antrag kann wegen des von Ihnen angegebenen Umstandes nicht zurückgewiesen werden. — **G. 21.** Zur Erreichung des von Ihnen Urtern gewünschten Zweckes ist die Errichtung eines Testaments erforderlich. An dem Testament müßte das eine Kind mit gewünscht bedacht und die andere, falls sie damit nicht einverstanden sind, auf das Pflichterfüllung gesetzt werden. Beifolgende für Testamente sind Sie S. 298 Nr. 55—58 des „Arbeiterrecht“ beigefügt. Das Buch liegt in den öffentlichen Verzeichnissen aus. — **R. 2. 35.** Die Anmeldung hat an dem Ort der Geburt zu erfolgen, der Umfang an dem neuen Wohnort. — **H. 2. 10.** I. Nach der herrschenden Ansicht haftet der Ehemann für solche Schäden nicht. 2. Wenden Sie sich an die Sparkassen-Verwaltung. — **H. 9.** Rein. Der Lehrling kann auf Umzahlung des Betrags und auf Schadenersatz klagen. — **W. 2.** Nicht mehr möglich. — **A. 9. 1.** Ja. 2. Rein. **S. 2.** Dem aufgegebenen, in die Ehe gebrachten, nicht von ihm erstgenannten Kind seiner Frau kann der Ehemann infolge einer auf Antrag der Socialdemokraten in das Bürgerliche Gesetzbuch gebrachten Vorchrift keinen Namen beilegen. Sie können das dadurch erreichen, daß entweder Sie, Ihre Frau und der Vormund vor dem Standesbeamten erscheinen, der die Geburt bezeugt hat. Dort geben Sie zu Protokoll, daß Sie dem Kinde Ihren Namen geben, die andere erklären für Einverständnis hierzu. Oder Sie stellen eine Urkunde etwa folgenden Inhalts aus: „Meine Ehefrau hat vor der Ehe ein nicht von mir erzeugtes Kind Namens... geboren. Ich erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau meinen Namen, so daß es fortan... heißen soll. Berlin, den... folgt Ihre Unterschrift. (Dieser Name ist gerichtlich oder notariell zu beglaubigen.) Unter das Geschäft folgt: „Mit der Erteilung des Namens... an mein Kind, bezeugt mein Mündel, bin ich einverstanden. Berlin, den... folgen die Unterschriften Ihrer Frau und des Vormunds. Auch diese Unterschriften sind notariell oder gerichtlich zu beglaubigen. Diese Urkunde überweisen Sie dann dem Standesbeamten, in dessen Standesregister die Geburt des Kindes eingetragen ist, mit dem Antrage: „Auf Grund dieser Einwilligung den Namen... auf der Geburtsurkunde in... umzuwandeln. Dieser zweite Weg ist vorzuziehen, wenn das Kind nicht hier geboren ist.“

### Witterungsübersicht vom 21. Oktober 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Wolkenbedeckung	Temperatur in C.
Emmendorf	754	S	4bedeckt	8	Saparanda	764	SO	4bedeckt	-5
Hannburg	754	SB	2bedeckt	8	Petersburg	765	RND	3bedeckt	7
Berlin	754	SB	2bedeckt	10	Soer	765	RND	3bedeckt	7
Frankf./M.	757	SB	5bedeckt	13	Herdern	762	RND	4bedeckt	11
München	763	SB	6bedeckt	11	Paris	762	RND	4bedeckt	11
Wien	763	SB	bedeckt	9					

**Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Oktober 1902.**  
Zunächst kühler, zeitweise heiter bei mäßigen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen.  
Berliner Wetterbureau.

### S.ziehung 4. Klasse 207. Nal. Preng. Lotterie.

Ziehung am 21. Oktober 1902, vermittels.  
Was die Gewinne über 232 Stk. sind, sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Char. Gewinne.) — Nachdruck verboten.

102 [1000] 62 202 98 300 490 654 95 795 1097  
150 83 415 46 [1000] 75 650 711 845 937 2008 14 522  
624 727 52 79 806 84 3085 141 210 375 84 407 34 [5000]  
817 989 4278 362 97 507 53 800 789 824 27 64 83 88  
978 5010 183 85 305 44 435 95 595 727 14 856 909  
6175 30 [5000] 49 [1000] 67 410 13 549 60 63 622  
71 803 7081 [3000] 93 136 39 452 76 621 51 50 711  
8173 92 588 777 807 18 9011 77 135 211 27 325 72  
416 687 705 823 937  
10014 174 379 316 535 58 627 29 941 11294 823  
837 916 [1000] 12282 451 829 930 [1000] 13081  
227 75 80 [500] 329 687 786 67 819 44 58 911 39  
34088 90 232 367 511 13 57 95 611 723 [5000] 59 894  
641 15116 56 78 333 543 62 630 759 16095 268  
681 736 17607 231 [5000] 477 [1000] 91 755 18196  
240 457 522 82 95 827 749 68 80 837 947 19020  
411 595 773 94 814 [500] 977 84  
20077 195 312 494 937 77 21036 67 199 207  
290 435 49 51 703 846 941 [5000] 22254 411 [1000]  
690 891 23352 470 86 592 641 42 773 839 38 953  
24108 289 [15 000] 91 302 6 44 71 617 39 703 847  
25090 99 127 [5000] 323 51 548 630 916 20094  
[100 000] 185 257 304 26 86 739 [1000] 833 975  
27057 115 82 389 884 663 65 733 830 936 [1000] 28048  
72 300 1 435 95 742 825 983 29227 354 413 55 561  
609 607 97  
30013 259 415 93 578 629 45 97 734 911 15 33 83  
31139 514 [3000] 624 59 80 939 76 32055 111 99  
428 85 [500] 624 26 42 [500] 712 875 33002 114 84  
237 77 90 543 604 [1000] 795 [1000] 968 34184  
218 33 398 619 81 903 38 35169 405 32 919 64  
36123 511 22 64 736 38 39 [3000] 41 251 399 592  
[1000] 639 726 38412 45 270 74 029 704 15 75 823  
31 92 995 98 39025 80 183 240 95 99 303 8 15 400 529  
614 727  
40004 256 58 97 315 44 64 448 598 716 41088  
283 618 706 946 42263 300 701 825 911 43057 [500]  
205 99 387 578 895 93 967 44040 55 149 247 394  
412 31 529 [1000] 658 708 82 999 45011 157 272  
216 [1000] 21 27 34 [5000] 475 96 514 38 58 624 75  
89 75 78 857 46121 97 340 420 47 53 535 36 73  
97 705 835 65 929 63 47067 90 172 265 74 356 97  
453 74 810 64 48108 446 556 637 [1000] 801 28  
[5000] 992 40009 40 149 67 226 47 66 505 29 704  
910 [1000]  
50170 431 681 713 88 915 37 51171 201 24 575  
52221 52 78 379 638 47 711 54 65 808 96 53076  
99 100 [500] 244 81 [3000] 453 577 665 831 905 54082  
100 215 51 259 473 904 55230 368 89 44 428 519  
41 629 709 413 812 48 56006 101 61 72 95 279 94  
570 454 513 413 853 95 57689 372 518 34 517 861  
58001 124 294 306 882 91 985 55016 60 110 282  
419 73 795 903 27 30 44 57 [1000] 59 81  
60048 235 391 80 579 [500] 96 659 776 802  
61222 99 338 429 524 741 888 932 62011 146 [500]  
454 73 82 508 10 72 815 45 [500] 70 63244 97 380 54  
823 64001 359 427 514 45 859 73 65170 357 544 896  
69684 126 36 248 61 52 809 63 67085 63 [500] 99  
111 90 406 [1000] 69 514 842 909 68149 223 [1000]  
380 529 655 47 90 783 837 69012 61 171 73 345 564  
642 81 958  
70188 251 457 595 739 846 71 71474 561 98  
626 704 58 842 907 11 37 72036 107 [1000] 266 [500]  
904 78 960 73495 50 68 529 [500] 99 [500] 645 754 71  
808 74009 207 311 85 88 453 72 589 730 910 75007  
110 88 623 94 877 76114 15 223 [3000] 395 420 649  
732 93 [3000] 811 950 77423 58 566 690 943 76119  
73 292 302 72 444 82 681 582 758 954 79139 40 274  
306 82 404 27 683 89 [3000] 920  
80103 543 48 81060 202 19 [3000] 588 430 89  
677 773 866 962 82012 38 203 79 317 84 519 713 855  
966 83300 231 97 421 62 561 666 713 75 98 [500]  
908 82 84128 27 43 252 [5000] 318 35 [500] 455  
691 87 879 85175 91 273 257 58 406 54 505 27 603  
817 [3000] 98 937 86086 114 21 31 238 69 314 [1000]  
446 57 538 694 82 816 87090 162 491 702 806 33  
88 [1000] 88012 102 270 85 333 41 [3000] 52 843  
89084 118 28 290 324 70 417 33 73 531 94 611  
90024 32 183 335 449 97 896 [500] 68 91056  
[500] 81 509 [1000] 46 89 605 710 48 841 [500]  
839 84 92008 242 339 96 [1000] 425 300 792 899 901  
93258 [1000] 88 303 437 64 585 639 79 794 839  
10020 124 209 16 [3000] 44 584 98 720 811 44 60 989  
[3000] 95026 81 300 84 432 545 725 50 920 51 84  
94381 732 898 935 97102 427 453 621 65 766 817  
997 99089 155 274 339 67 442 538 709 57 71 938  
622 99089 [500] 281 390 503 637 736 928  
100075 412 576 88 627 101271 321 83 443 711  
68 805 102034 78 203 314 465 93 549 815 103011  
354 426 651 989 104174 343 55 438 83 105351  
304 524 609 49 99 839 953 71 93 106119 21 263 341  
410 98 504 [500] 614 59 890 882 107931 110 342  
654 [500] 574 81 636 734 [500] 81 108161 402  
529 58 96 615 74 109099 168 77 63 359 415 82  
62 819 966 62  
110078 200 200 432 46 [500] 615 46 838 111145  
5 88 209 77 629 697 48 710 69 800 30 90 95 908

### S.ziehung 4. Klasse 207. Nal. Preng. Lotterie.

Ziehung am 21. Okt. her 1902, nachmittags.  
Was die Gewinne über 232 Stk. sind, sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Char. Gewinne.) — Nachdruck verboten.

136 88 308 730 73 1113 16 31 82 219 690 [500]  
2122 206 424 60 67 580 [500] 825 959 4290 528 790  
[1000] 809 49 5045 125 [1000] 53 342 52 714 91 974  
6039 196 [500] 299 415 43 639 46 69 76 90 901 37  
7007 45 175 285 329 483 978 8024 79 194 [1000] 31  
224 84 321 516 49 76 602 82 690 9379 [1000] 98 644  
75 743 [1000] 929  
10045 155 588 833 11046 246 308 84 72 415 638  
12074 146 [500] 61 [1000] 495 321 87 620 25 26 772  
827 901 13116 26 247 385 440 539 623 880 87 14263  
591 15019 159 221 304 456 82 621 788 800 3 992  
16163 21 17 96 99 345 411 92 700 17028 40 202 82  
397 762 18099 [500] 371 76 424 992 93 743 95  
19243 83 93 [500] 358 400 711 815 62  
20023 264 90 98 99 835 796 33 886 904 21 60  
74 21306 632 329 77 804 5 881 23216 31 63 300 790  
715 39 [500] 806 44 67 881 23216 31 63 300 790  
836 38 962 24466 516 49 52 [1000] 60 816 25121  
211 356 410 28 863 599 26867 168 251 [500] 63  
607 [1000] 86 [3000] 742 815 911 27155 252 302 54  
61 511 36 681 782 834 47 56 28180 245 49 929 87  
[3000] 29023 62 136 208 309 442 45 [500] 847  
30015 125 94 286 88 418 551 632 977 31103 228  
344 694 85 731 45 812 65 32235 79 323 412 49 97  
512 83 33107 11 228 74 422 923 806 11 59 91 973  
34075 230 50 300 512 733 [500] 37 888 35044 [500]  
92 148 285 30 389 93 417 819 995 36060 21 183 282  
394 429 620 85 703 4 813 45 46 905 20 37049 258 87  
508 14 934 38332 403 70 87 832 636 86 833 39007 13  
38 288 335 582 762 6 42  
40031 43 94 233 305 36 630 799 932 41013 56  
[500] 223 91 532 82 685 895 930 42180 83 205 7 42  
584 651 [3000] 43218 315 83 795 819 902 30 44084  
227 340 835 722 71 882 45679 069 15 46026 154  
62 237 323 504 47157 74 78 90 320 310 533 67 88 612  
33 79 118 22 74 544 [500] 019 40 76 48273 300 52  
450 72 826 919 49047 75 159 300 [1000] 526 692 [500]  
50012 69 114 31 383 581 841 904 6 18 [500] 45 81  
51082 59 198 331 39 496 [500] 911 22 70 52225 40  
463 610 560 53237 [500] 51 77 327 83 99 838 40 70  
567 [1000] 54069 112 390 491 690 972 55057 148  
[500] 322 54 974 86395 579 676 757 912 57049 62  
[500] 99 447 88 663 88 888 585 58125 223 428 307  
626 [3000] 768 808 67 905 [1000] 52 81 98 59158  
[1000] 328 444 72 594 624 59 60 76 803 10 972  
90183 96 248 538 55 91 698 994 831 61041  
217 164 227 453 515 16 768 815 25 62002 51 163 67  
217 67 72 98 716 79 63025 27 114 64 90 254 531 639  
730 63 64128 241 72 458 69 603 736 818 58 78  
894 31 46 73 94 55036 40 59 227 59 674 91 928  
[1000] 66131 91 258 [500] 83 35 [500] 72 524 31  
603 720 88 845 87234 96 524 97 611 905 67  
68082 328 483 522 52 603 [500] 850 69007 372  
548 623 794 814 45 603  
70105 210 451 515 629 90 767 922 71088 194  
544 588 699 797 [1000] 907 [500] 72068 177 88  
244 85 268 86 417 49 545 635 88 723 833 955 73101  
48 226 56 268 513 700 57 88 851 859 91 74153 915  
55 75020 45 51 113 211 32 520 666 87 [1000] 773  
822 903 83 76094 79 690 745 886 77031 34 [500]  
85 129 419 59 [3000] 506 506 845 79 78053 411  
539 630 808 86 79119 254 418 44 85 608 768  
80167 224 51 327 457 588 873 86 912 81050  
131 [5000] 348 402 22 43 507 623 39 744 837 923  
82346 104 16 611 817 83333 122 65 271 599 622 786  
819 84063 02 254 [500] 454 62 85000 146 [500]  
82 240 322 95 712 997 86046 76 242 [500] 315 21  
97 569 659 878 946 87040 106 304 60 518 94 815  
98 88029 90 183 96 294 256 656 802 10 17 [3000]  
98 89391 453 508 93 688 [500] 756 874  
90190 360 434 636 825 31 831 91064 234 324  
97 92288 189 447 82 84 523 954 93107 946  
94606 520 563 602 5 776 900 95006 14 145 82  
415 522 32 [3000] 680 759 807 8 972 96087 184  
401 [3000] 76 530 69 818 937 97200 7 318 542  
619 75 705 [500] 815 71 918 98230 301 17 65 88 449  
631 49 99209 245 263 406 85 503 94 96 [1000]  
669 80 [500] 717 55 85 865 83  
100065 24 42 308 312 [1000] 459 551 700 950  
801099 97 [500] 123 303 [500] 429 72 522 26 102005  
138 342 [500] 79 97 447 515 90 668 701 95 103368  
898 793 838 978 104201 77 306 96 407 96 583 91 616  
88 725 987 105217 389 616 715 40 [3000] 70 891 63  
79 [500] 106048 116 362 76 [500] 617 78 819 35  
96 943 97 107091 16 72 213 314 578 617 801 82  
91 951 108003 126 58 278 349 423 27 63 60 508 95  
680 882 71 74 78 963 109033 111 33 [1000] 63  
89 223 302 17 458 84 519 901  
110095 170 204 416 45 510 83 87 607 657  
[1000] 111694 111 230 665 74 761 839 963 112011  
22 97 142 51 375 401 [500] 524 78 636 49 918 113238  
340 639 927 114138 293 380 716 908 59 63  
118026 [3000] 276 386 699 776 81 819 909 117002  
282 389 82 497 526 40 64 615 796 835 957 117042  
[1000] 207 30 376 [500] 578 82 792 915 118095

Was die Gewinne über 232 Stk. sind, sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Char. Gewinne.) — Nachdruck verboten.

### S.ziehung 4. Klasse 207. Nal. Preng. Lotterie.

Ziehung am 21. Okt. her 1902, nachmittags.  
Was die Gewinne über 232 Stk. sind, sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
(Char. Gewinne.) — Nachdruck verboten.

202 27 593 420 81 562 743